

# Verfassung und Verwaltungsorganisation

## Veränderungen in den Vertretungskörpern

Der Amtsführende Stadtrat für Straße, Verkehr und Energie, Heinz *Nittel* (SPÖ), wurde am 1. Mai das Opfer eines Mordanschlages. Zu seinem Nachfolger wurde am 14. Mai Gemeinderat a. D. Ing. Fritz *Hofmann* (SPÖ) gewählt.

Ihre Mandate als Mitglieder des Gemeinderates legten zurück:

Leopold *Schwarz* (SPÖ) mit 20. Jänner, Albert *Schultz* (SPÖ) mit Rücksicht auf seine Wahl zum Bezirksvorsteher mit 2. April, Walter *Lebner* (ÖVP) mit 30. April, Dr. Kurt *Zeman* (SPÖ) mit 1. Mai, Ing. Fritz *Hofmann* (SPÖ) im Hinblick auf seine Nominierung als Mitglied des Stadtsenates mit 13. Mai, Ingrid *Smejkal* (SPÖ) mit Rücksicht auf ihre Angelobung als Abgeordnete zum Nationalrat mit 5. Oktober.

Folgende Ersatzmänner wurden in den Gemeinderat berufen und angelobt:

Franz *Haas* (SPÖ) am 30. Jänner, Kurt *Eder* (SPÖ), Karl *Kremnitzer* (SPÖ), Karl *Lacina* (SPÖ) und Peter *Neumann* (ÖVP) am 14. Mai, Gertraud *Marchfeld* (SPÖ) am 30. Oktober.

Am 14. Mai wurde an die 2. Stelle der Vorsitzenden des Gemeinderates Dkfm. Dr. Erich *Ebert* (ÖVP) an Stelle von Walter *Lebner* (ÖVP) gereiht; auf die dadurch freigewordene 5. Stelle wurde Gertrude *Härtel* (ÖVP) berufen.

In den Gemeinderatsausschüssen ergaben sich folgende Änderungen:

Es wurden gewählt in den

– Gemeinderatsausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten  
die Gemeinderäte *Eder* (SPÖ) und Dr. *Glatzl* (ÖVP) an Stelle der Gemeinderäte Dkfm. Dr. Sigrun *Schlick* (ÖVP) und Ing. *Svoboda* (SPÖ) am 14. Mai;

– Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik  
Gemeinderat *Kneidinger* (SPÖ) an Stelle des Gemeinderates *Schultz* (SPÖ) am 14. Mai;

– Gemeinderatsausschuß für Kultur und Bürgerdienst  
Gemeinderat Gertraud *Marchfeld* (SPÖ) an Stelle Gemeinderat Ingrid *Smejkal* (SPÖ) am 30. Oktober;

– Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales  
die Gemeinderäte Dr. Marilies *Flemming* (ÖVP) und *Lacina* (SPÖ) an Stelle der Gemeinderäte *Lebner* (ÖVP) und Dr. *Zeman* (SPÖ) am 14. Mai;

– Gemeinderatsausschuß für Umwelt und Freizeit  
Gemeinderat *Haas* (SPÖ) an Stelle Gemeinderat *Schwarz* (SPÖ) am 30. Jänner; die Gemeinderäte *Freinberger* (SPÖ), Leopoldine *Pfauter* (SPÖ) und *Neumann* (ÖVP) an Stelle der Gemeinderäte *Edlinger* (SPÖ), *Haas* (SPÖ) und Dr. *Glatzl* (ÖVP) am 14. Mai;

– Gemeinderatsausschuß für Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz  
die Gemeinderäte *Haberl* (SPÖ), *Lacina* (SPÖ) und Ing. *Svoboda* (SPÖ) an Stelle der Gemeinderäte *Freinberger* (SPÖ), *Kneidinger* (SPÖ) und *Outolny* (SPÖ) am 14. Mai; Gemeinderat *Eder* (SPÖ) an Stelle Gemeinderat Ingrid *Smejkal* (SPÖ) am 30. Oktober;

– Gemeinderatsausschuß für Straße, Verkehr und Energie  
die Gemeinderäte *Haas* (SPÖ) und *Kremnitzer* (SPÖ) an Stelle der Gemeinderäte *Haberl* (SPÖ) und *Schultz* (SPÖ) am 14. Mai;

– Kontrollausschuß  
Gemeinderat *Outolny* (SPÖ) an Stelle Gemeinderat Dr. *Zeman* (SPÖ) am 14. Mai;

In die Gemeinderätliche Personalkommission wurden am 14. Mai die Gemeinderäte *Eder* (SPÖ) und Dr. *Glatzl* (ÖVP) an Stelle der Gemeinderäte Ing. *Svoboda* (SPÖ) und Dkfm. Dr. Sigrun *Schlick* (ÖVP) gewählt.

In den Sparkassenrat der Zentralsparkasse und Kommerzbank, Wien, wurde am 21. September Prokurist Dr. Kurt *Mazanek* (ÖVP) an Stelle Dkfm. Dr. Claus J. *Raidl* (ÖVP) gewählt.

Der Gemeinderat trat zu 12 öffentlichen und 10 nichtöffentlichen Sitzungen, der Landtag zu 7 Sitzungen zusammen. Der Stadtsenat hielt 35, die Landesregierung 34, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß 4 Sitzungen, das Immunitätskollegium und der Unvereinbarkeitsausschuß hielten je 1 Sitzung ab. Der Gemeinderat behandelte in seinen Sitzungen 928, der Landtag 13, der Stadtsenat 2.696, die Landesregierung 714, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß 5, der Unvereinbarkeitsausschuß 3 Geschäftsstücke und das Immunitätskollegium 1 Geschäftsstück.

Unter den Sitzungen des Gemeinderates und Landtages sind besonders hervorzuheben die Trauersitzung des Gemeinderates am 8. Mai aus Anlaß der Ermordung des Amtsführenden Stadtrates Heinz *Nittel*, an der nebst den Angehörigen des Verschiedenen der Herr Bundespräsident, Herr Kardinal DDr. *König*, der Herr Bundeskanzler, die Herrn Präsidenten des Nationalrates, der Herr Vizekanzler, einige Bundesminister und der 1. Vorsitzende-Stellvertreter des Bundesrates teilnahmen; die Festsitzung des Wiener Landtages am 16. Dezember aus Anlaß des 60. Jahrestages der Begründung Wiens

als selbständiges Bundesland. An dieser Festsitzung nahmen der Herr Bundeskanzler, der Präsident und der 3. Präsident des Nationalrates, einige Bundesminister, die Landeshauptleute von Niederösterreich und Kärnten, die Vorsitzenden-Stellvertreter des Bundesrates sowie die Präsidenten des niederösterreichischen Landtages teil.

## Magistratsdirektion

Die Magistratsdirektion bestand im Jahre 1981 aus den Referaten Präsidialbüro, Büro des Magistratsdirektors, Ehrenzeichenkanzlei, Koordinationsbüro, Verwaltungsakademie, Verwaltungsrevision, Verwaltungsorganisation, Automatische Datenverarbeitung, Rechtsmittelbüro, Verwaltungstechnik, Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten und Stadtbaudirektion.

Im Jahre 1981 hatte das **Präsidialbüro** weit über 6.000 Einlaufstücke zu bearbeiten.

Das Repräsentationsreferat hatte 450 gesellschaftliche Veranstaltungen, 44 Eröffnungsfeierlichkeiten, Grundsteinlegungen und Spatenstichfeiern sowie 21 sonstige Veranstaltungen verschiedener Art vorzubereiten und durchzuführen. Die 450 gesellschaftlichen Veranstaltungen wurden von insgesamt 59.081 Gästen besucht, von denen 21.533 aus dem Ausland kamen. Im Hinblick auf ihre Besucherzahl sind der Empfang anlässlich der Angelobung von 2.300 Jungmännern, der Jungbürgerball mit 2.560 Besuchern sowie der Empfang anlässlich des Internationalen Kongresses für Pharmazeutische Wissenschaft mit 1.950 Teilnehmern besonders zu nennen.

Die Vorbereitung der In- und Auslandsreisen des Herrn Bürgermeisters und offizieller Delegationen der Stadt Wien sowie des Besuches ausländischer Delegationen in Wien und deren Betreuung während des Aufenthaltes war wieder ein weiterer Schwerpunkt in der Tätigkeit des Repräsentationsreferates.

Im Jahre 1981 besuchten folgende Persönlichkeiten das Wiener Rathaus und trugen sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein: Am 12. Februar S. E. der Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg Dr. Pierre *Werner*, am 2. April S. E. der Vorsitzende des Bundesexekutivrates der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien Veselin *Djuranović*, am 8. April S. E. der Vorsitzende des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken A. Nikolaj *Tichonow*, am 10. April Kantonsratspräsident von Zürich Ernst *Spillmann*, am 11. Mai Bürgermeister von Kopenhagen Bent *Nebelung*, am 27. Mai Präsident des Regierungsrates des Kantons Bern Henri-Louis *Favre*, am 29. Mai Präsident des Grand Conseil Genf Pierre *Schmid*, am 14. September Präsident des Landtages der autonomen Provinz Trient Riccardo *Ricci*, am 15. Oktober Seine Heiligkeit der Patriarch von Äthiopien Tekle *Haimanot II.* und am 3. Dezember Generalsekretär des Europarates Dr. Franz *Karasek*.

In der Volkshalle des Wiener Rathauses wurden folgende Ausstellungen gezeigt: Vom 12. bis 24. Jänner „Künstler malen und zeichnen in den Betrieben“ (1.573 Besucher), vom 29. April bis 2. August „Tagebuch der Straße“ (97.222 Besucher), vom 5. bis 18. Oktober „Moskau — Hauptstadt der UdSSR“ (10.798 Besucher) und vom 25. November 1981 bis 17. Jänner 1982 „Picasso in Wien“ (80.000 Besucher).

Folgende **E r ö f f n u n g e n**, Grundsteinlegungen, Benennungen und Inbetriebnahmen wurden vorbereitet und durchgeführt:

Am 28. Februar wurde die U 1 im Streckenabschnitt Nestroyplatz — Praterstern in Betrieb genommen und die U-Bahn-Station Praterstern eröffnet. Eröffnet wurden am 12. März die Kindertagesheime der Stadt Wien in 12, Am Schöpfwerk 29, Stiege 10 und Stiege 12, und am 18. März die Ausstellung „Kennenlernen — Verstehenlernen“. Am 21. März wurde die Benennung der städtischen Wohnhausanlage in 18, Gersthofer Straße 125 — 129, mit „Pablo-Neruda-Hof“ feierlich begangen. Am 9. April wurde das Kindertagesheim der Stadt Wien in 21, Schwanngasse 11, eröffnet, am 29. April das 125jährige Bestehen der Wiener Stadtbibliothek mit der Eröffnung der Ausstellung „Tagebuch der Straße — Wiener Plakate“ gefeiert. Die Eröffnung des XV. Internationalen Wiener Festwochen-Bowling-Turniers fand am 1. Mai, die des Anna-Freud-Kindertagesheimes der Stadt Wien in 18, Gersthofer Straße 125 — 129 am 4. Mai statt, ebenso wie die Grundsteinlegung für das Bezirkshallenbad Kagran in 22, Portnergasse — Lenkgasse. Am 16. Mai konnten der neugestaltete Hamerlingpark sowie die Wiener Festwochen, am 30. Mai die Donauinsel, Abschnitt Nord, und die neuerrichtete Straßenbahnhaltestelle auf der Floridsdorfer Brücke, Station Donauinsel, eröffnet werden. Die Eröffnung und Benennung des Pensionistenheimes „Alseile“ fand am 1. Juni, die des 3. Zentralberufsschulgebäudes am 12. Juni statt, ebenso wie die des in den letzten sechs Jahren gestalteten Stadtwäldchens in 21, Großfeldsiedlung. Am 27. Juni wurde die städtische Wohnhausanlage in 17, Neuwaldegger Straße 50 — 54, der „Karl-Panek-Hof“, am 29. Juni der Naturlehrpfad in 11, Kaiserebersdorfer Straße 126, am 30. Juni der neue große Spielplatz in 12, Am Schöpfwerk, ihrer Bestimmung übergeben. Die Besichtigung der neuen Aufforstung im 10. Bezirk am Laaer Berg fand am 4. Juli, die Eröffnung und Benennung des Pensionistenheimes „An der Türkenschanze“ am 11. September, die Eröffnung der Ausstellung „Wien 2000“ am 17. September statt. Am 19. September wurde die städtische Wohnhausanlage in 15, Schwendergasse 41, „Karl-Holoubek-Hof“ benannt, am 20. September die Seniorenwoche 1981 eröffnet, am 23. September eine städtische Wohnhausanlage „Johann-Holzer-Hof“, am 26. September jene in 2, Wehlstraße 131 — 143, „Hubert-Hladej-Hof“ benannt. Die feierliche Übergabe der 200.000sten Gemeindewohnung fand am 2. Oktober statt ebenso wie die Eröffnung der städtischen Wohnhausanlage in 16, Ameisbach-

zeile 119—123. Am 5. Oktober wurde die Ausstellung „Moskau — Hauptstadt der UdSSR“ eröffnet, am 7. Oktober die Benennung des Wiener Weststadions in 14, Keisslergasse 6, mit „Gerhard-Hanappi-Stadion“ vorgenommen. Die Eröffnung der Volksschule der Stadt Wien in 23, Akaziengasse 52—54, fand am 22. Oktober statt. Am 24. Oktober wurde die Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus enthüllt. Die Benennung der Sportanlage der Stadt Wien in 10, Heubergstättenstraße (Laxenburger Straße) mit „Franz-Hölbl-Sportanlage“ wurde am 24. Oktober feierlich begangen, die Eröffnung des Kindertagesheimes der Stadt Wien in 16, Ottakringer Straße 202, am 29. Oktober, die Eröffnung der A 22-Donauuferautobahn und die feierliche Enthüllung des neu aufgestellten Lessing-Denkmal in 1, Judenplatz, am 31. Oktober. Am 9. November erfolgte die Grundsteinlegung für das Berufsrehabilitationszentrum für psychisch Kranke in 21, Autokaderstraße (Spundgasse), am 25. November die Eröffnung der Ausstellung „Picasso in Wien“, am 28. November die Übergabe der restaurierten Dreifaltigkeitssäule (Pestsäule). Die Spatenstichfeier anlässlich des Baubeginnes der 145.000sten städtischen Wohnung, die nach 1945 errichtet wurde, in 3, Lechnerstraße 2—4, fand am 3. Dezember, die Grundsteinlegung für ein Wiener Pensionistenheim in 14, Felbigergasse 79, am 12. Dezember, eine weitere für ein Pensionistenheim in 4, Phorusplatz, am 19. Dezember und die Inbetriebnahme des U-Bahn-Teilstückes Hietzing—Hütteldorf am 20. Dezember statt.

An 1.121 Neunzigjährige, 192 Fünfundneunzigjährige und an 45 Hundert- und Mehrjährige, somit an 1.358 Wiener Geburtstagsjubilare, wurden im Rahmen von Ehrungen die Anerkennungsgebühren der Stadtverwaltung überreicht. Weiters wurden 3 Gnaden-, 2 Steinernen, 11 Eisernen, 258 Diamantene und 1.360 Goldene, insgesamt 1.634 Hochzeitsjubilarepaare, ins Wiener Rathaus zu Feiern eingeladen, wobei ihnen die Erinnerungsdiplome überreicht wurden.

Das Stenographenbüro erstellte die Stenographischen Protokolle bei 7 Landtags- und 12 Gemeinderatssitzungen im Umfang von zusammen 1.219 Druckseiten sowie bei 35 Sitzungen der Landesregierung und des Stadtsenates die Protokolle mit insgesamt 1.115 Maschinschreibseiten.

Der Dolmetsch- und Übersetzungsdienst sorgte für insgesamt 1.289 Übersetzungen aus 24 Sprachgebieten und war außerdem bei einer großen Zahl von Veranstaltungen und Besprechungen mit Dolmetscherdiensten betraut.

Einer der Schwerpunkte in der Tätigkeit des Büros des Magistratsdirektors lag auch im Jahre 1981 wieder auf dem Gebiet des Verfassungsdienstes. Die Wiener Stadtverfassungskommission (WStV-K), die im Büro des Magistratsdirektors eingesetzt wurde, um eine umfassende Überarbeitung der Wiener Stadtverfassung — vor allem hinsichtlich der Gesetzessprache, Systematik und Übersichtlichkeit — vorzunehmen, hielt im Jahre 1981 16 Sitzungen ab.

Im Rahmen des Legistischen Dienstes waren 137 Gesetz- und Verordnungsentwürfe des Bundes zu begutachten. Außerdem wurden die Vorlagen von 16 Landesgesetzen, 13 Verordnungen der Landesregierung, 6 Verordnungen des Landeshauptmannes und 3 Kundmachungen des Magistrates einer Prüfung unterzogen. Wegen seines umfangreichen Regelungsinhaltes ist in diesem Zusammenhang das Bundesgesetz vom 12. Juni 1981 über die Presse und andere publizistische Medien (Mediengesetz), BGBl. Nr. 314/1981, zu erwähnen. Im Hinblick auf die gesetzestechnischen Anforderungen erweisen sich insbesondere die verschiedenen Novellen zu den Sozialversicherungsgesetzen (ASVG usw.) von besonderer Bedeutung. Von den Landesgesetzen, die im Jahre 1981 vom Landtag beschlossen wurden, sind die Vergnügungssteuergesetznovelle 1981, LGBl. für Wien Nr. 16/1981, sowie das Gesetz vom 27. März 1981, mit dem das Veranstaltungsgesetz geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 17/1981, hervorzuheben.

Das Land Wien ist im Jahre 1981 nach eingehenden und umfangreichen Vorarbeiten der Vereinbarung gemäß Art. 15 B-VG, betreffend den Landesgrenzen überschreitenden Berufsschulbesuch, beigetreten.

Im Rahmen des Verfassungsdienstes und des Legistischen Dienstes wurden wie in den Vorjahren auch 1981 zahlreiche Anfragen beantwortet. Einen breiten Raum nehmen stets auch die vom Büro des Magistratsdirektors auszuarbeitenden Rechtsgutachten ein, die immer wieder vor allem von politischen Funktionären angesprochen werden. Zur Regelung rechtlicher und organisatorischer Fragen wurden 89 Erlässe herausgegeben. So wurde zum Beispiel mit Erlaß vom 23. Juli 1981, MD — 1240 — 5/80, die Abwicklung städtischer Grundtransaktionen neu geregelt. Die Herausgabe dieser Dienstvorschrift, die den Erlaß vom 5. März 1975, MD — 842 — 1/75, ersetzt, erwies sich im Hinblick auf mehrfach festgestellte Koordinationsmängel als erforderlich und wurde nach umfangreichen Untersuchungen über die optimale Ablauforganisation bei Durchführung von städtischen Grundtransaktionen vorgenommen. In Fortsetzung der Bemühungen, generelle Weisungen zu aktualisieren, erfolgte mit Erlaß vom 12. August 1981, MD — 1379 — 1/81, eine umfassende Zusammenstellung der Stempelgebühren, Verwaltungsabgaben, Kommissions- und Überwachungsgebühren. Diese Zusammenstellung ersetzt mehrere Erlässe der Magistratsdirektion, die teilweise bis in das Jahr 1968 zurückreichen und die durch die seither mehrfach eingetretenen Änderungen der Abgabentatbestände und Tarife überholt waren. Zu erwähnen ist im Hinblick auf die besondere Bedeutung in organisatorischer Hinsicht auch die Allgemeine Dienstvorschrift für die magistratischen Bezirksämter (Organisationshandbuch), die mit Erlaß vom 9. Dezember 1981, MD — 803 — 4/79, herausgegeben wurde. Mit Erlaß vom 2. Juli 1981, MD — 1275 — 2/81, betreffend organi-

satorische und personelle Änderungen der MD-Stadtbaudirektion, erfolgte zur Optimierung der Leistungen im technischen Bereich eine Neustrukturierung der MD-Stadtbaudirektion, bei der fünf Gruppen und fünf Dezernate geschaffen wurden. Die Errichtung von neuen Außenstellen des Bürgerdienstes wurde mit Erlaß vom 10. März 1981, MD — 1931 — 4/80, verfügt. Dadurch hat die Stadtverwaltung ihr Angebot an Serviceleistungen erweitert.

2.982 Geschäftsfälle wurden von der Verbindungsstelle an den Herrn Landesamtsdirektor bzw. an das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und vom Büro des Magistratsdirektors — in den meisten Fällen nach Einholung von Stellungnahmen der betroffenen Fachdienststellen — erledigt.

Die Kanzlei des Büros des Magistratsdirektors hatte insgesamt 8.792 Geschäftsstücke zu protokollieren. Der Rückgang gegenüber den Vorjahren ist auf den Umstand zurückzuführen, daß die MD-Präsidialbüro nunmehr über ein eigenes Protokoll verfügt.

Das Büro des Magistratsdirektors bereitete zwei Landeshauptmännerkonferenzen, zwei Landtagspräsidentenkonferenzen, drei Landesamtsdirektorenkonferenzen (zwei ordentliche und eine außerordentliche) sowie eine Magistratsdirektorenkonferenz vor.

Einen weiteren wesentlichen Aufgabenbereich des Büros des Magistratsdirektors stellte die Dienstaufsicht über die Leiter von Magistratsabteilungen und magistratischen Bezirksämtern, über Bedienstete mit Sonderaufgaben, Bedienstete der Magistratsdirektion, soweit sie dem höheren Dienst angehören oder als Sondervertragsbedienstete im höheren Dienst tätig sind, sowie über alle sonstigen rechtskundigen Bediensteten und die Redakteure der Stadt Wien dar. Mit Stichtag 31. Dezember 1981 waren dies 321 Bedienstete, wovon 199 dem rechtskundigen Dienst angehörten. Im Jahre 1981 erfolgten im Dienstaufsichtsbereich 13 Aufnahmen in den städtischen Dienst, 11 Übernahmen von Bediensteten aus anderen Dienstaufsichtsbereichen und 24 Versetzungen. Ausgeschieden sind 19 Bedienstete.

Hinsichtlich der Bestellung von Bediensteten mit Sonderaufgaben gemäß § 11 a der Geschäftsordnung für den Magistrat waren die Vorarbeiten für sechs Neubestellungen (Stadtbaudirektor und fünf Gruppenleiter) zu leisten.

Das Büro des Magistratsdirektors hatte ferner die Ausschreibungen für die Besetzung von acht Posten von Dienststellenleitern durchzuführen. Im Zusammenhang mit den Postenausschreibungen waren auch die Sitzungen der Begutachtungskommission vorzubereiten und deren Ergebnisse zu verarbeiten.

Die Prüfung für den rechtskundigen Dienst haben acht Bedienstete mit Erfolg abgelegt.

Der Disziplinarcommission lagen 33 Fälle, der Disziplinarprüfungskommission 2 Fälle zur Erledigung vor.

Im Rahmen der Bürogeschäfte des Landessanitätsrates hatte das Büro des Magistratsdirektors drei Sitzungen des Landessanitätsrates vorzubereiten und einzuberufen. Für zehn leitende ärztliche Stellen in städtischen Krankenanstalten mußten die Bewerber begutachtet werden. Dem Herrn Landeshauptmann war in der Folge jeweils ein Gutachten über diese Bewerber zu erstatten.

An das Referat für Auszeichnungen und Remunerationen wurden 1.129 Anträge auf Förderungen und 8.493 Anträge auf Gewährung von Remunerationen gestellt.

Wie bereits in den vergangenen Jahren hatte das Büro des Magistratsdirektors auch im Jahre 1981 zwei Bezirksamtsleiterbesprechungen vorzubereiten und durchzuführen.

Im Rahmen der Fachaufsicht über die Schlichtungsstellen wurden drei Besprechungen für Schlichtungsreferenten abgehalten.

Im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens (BVW), dessen Bürogeschäfte das Büro des Magistratsdirektors führt, sind 226 Anregungen zur Verbesserung der Verwaltung der Stadt Wien eingelangt. Die Gesamtzahl der seit der Institutionalisierung des Vorschlagswesens im Jahre 1970 eingereichten Verbesserungsvorschläge hat sich damit auf 1.928 erhöht. Dem Rückgang der Zahl der eingelangten Vorschläge im Vergleich zum Vorjahr steht ein gleichbleibend hoher Anteil an positiv bewerteten Anregungen gegenüber. Von den 212 in den vier Sitzungen des Ausschusses für das Betriebliche Vorschlagswesen im Jahre 1981 beurteilten Vorschlägen konnten 53 für eine Realisierung geeignet befunden und mit Prämien bedacht werden. Die Summe der zuerkannten Prämien betrug 148.900 S, die beiden höchsten Einzelprämien je 30.000 S. Das sind die höchsten Einzelprämien seit Bestehen des Betrieblichen Vorschlagswesens.

Die Beratende EDV-Kommission hat die Aufgabe, sich mit allen Fragen der automatischen Datenverarbeitung im Bereich des Magistrates zu befassen und hierbei insbesondere die Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Dringlichkeit von EDV-Vorhaben zu prüfen, Prioritäten und zeitliche Abläufe festzulegen und die Durchführung der genehmigten Projekte zu verfolgen. Ziel ihrer Tätigkeit ist es, dem Magistratsdirektor Grundlagen für Entscheidungen auf diesem Gebiet an die Hand zu geben. Die Kommission hat im Jahre 1981 elfmal getagt. In den beiden letzten Sitzungen wurde auch über die Fortschreibung des 1979 entwickelten mittelfristigen EDV-Konzeptes um ein weiteres Jahr beraten.

Die Magistratsdirektion-Ehrenzeichenkanzlei hatte im Bereich der Stadt- und Landesauszeichnungen 437, in dem der Bundesauszeichnungen 327 Akten zu bearbeiten. Gegenüber dem Jahre 1979 hat sich somit eine Zunahme um 58 Prozent ergeben. Im Jahre 1980 wurde durch die Ehrung von Bezirksräten, Gemeinderä-

ten und anderen Mandataren ein weit über dem üblichen Durchschnitt hinausreichender Aktenstand erreicht. Bei den Bundesauszeichnungen blieb der Aktenstand etwa gleich.

Überreicht wurde das große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien Sektionschef Dr. Wilhelm *Grimburg*.

16 Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurden überreicht, darunter dem Dermatologen Univ.-Prof. Dr. Josef *Tappeiner*, dem Direktor der Ärztekammer Wien Hofrat Dr. Walter *Urbarz*, dem Schriftsteller Prof. Karl *Bruckner* und dem Gemeinderat und Stadtphysikus Med.-Rat Dr. Kurt *Zeman*.

13 Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurden vergeben, darunter an den Musikschriftsteller Hofrat Prof. Dr. Hans *Jancik*, den Generalinspektor der Zollwache Min.-Rat Dr. Otto *Gratschmayer* und an das Architektenehepaar Eva und Karl *Mang*.

93 Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien wurden überreicht, darunter dem Präsidenten der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft Dr. Theodor *Kanitzer*, dem Maler Karl *Bednarik*, dem Restaurateur Ing. Hugo *Reinprecht*, dem Konzertmeister des ORF-Symphonieorchesters Prof. Dr. Viktor *Redtenbacher*, dem Kapellmeister Adolphe *Sibert* und Louise *Gerstner* sowie einer Reihe von Bezirksräten.

96 Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien wurden vergeben, unter anderem an die Webern-Forscherin Rosaleen *Moldenbauer*, den Präsidenten des Verbandes Österreichischer Landsmannschaften Ing. Peter *Jegel* und an zahlreiche Bezirksräte.

Eine Rettungsmedaille des Landes Wien wurde überreicht. 356 Einsatzmedaillen des Landes Wien erhielten Angehörige des Roten Kreuzes, des Rettungsdienstes und des Arbeiter-Samariter-Bundes in Würdigung ihrer großen Leistungen anlässlich des Zugsunglücks im Wiener Südbahnhof sowie Angehörige verschiedener freiwilliger Feuerwehren in Würdigung ihrer besonderen Einsatzbereitschaft anlässlich von Sturmschäden in Wien.

Vier Insignien der Ehrung „Ehrenbürger der Stadt Wien“ erhielten Vizekanzler a. D. DDr. Bruno *Pittermann*, Präsident des Nationalrates a. D. Prof. Dr. Alfred *Maleta*, Komponist Ernst *Krenek* und die Abgeordnete zum Nationalrat a. D. Rosa *Jochmann*.

Vier Ehrenringe der Stadt Wien wurden den Kammerschauspielern Prof. Hans und Hofrat Hermann *Thimig*, Direktor Hofrat Prof. Dr. Ernst H. *Haeusserman* und Prof. Hans *Jaray* überreicht.

Zehn Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Gold bekamen unter anderem Regisseur ao. Hochschul-Prof. Otto *Schenk*, Direktor der Österreichischen Galerie Hofrat Dr. Hans *Aurenhammer*, Prof. Heinz *Conrads* und der Neurologe Univ.-Prof. Dr. Walther *Birkmayer*.

Fünf Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Silber wurden an den Musikschriftsteller Prof. Rudolf *Klein*, den Bühnenbildner Prof. Dipl.-Ing. Dr. Gottfried *Neumann-Spallart*, den Komponisten Prof. Hans *Staeps* und den Drehbuchautor Kurt *Nachmann* sowie an die Schriftstellerin Doris A. *Mübringer* vergeben.

Eine Otto-Glöckel-Medaille der Stadt Wien wurde Hauptschuldirektor Walter *Hofmann* überreicht.

Eine Verdienstplakette der Stadt Wien für Leistungen im Siedlungs- und Kleingartenwesen wurde vergeben.

Weiters wurden die Insignien zur Hausgehilfenehrung und eine Reihe von Bundesauszeichnungen überreicht, die entweder von der MD-Ehrenzeichenkanzlei beantragt oder von Bundesdienststellen zur Durchführung des Prüfungsverfahrens übermittelt worden waren.

Für die grundsätzlich einheitliche Regelung der Ehrungen wurden weitere Vorschläge, zum Beispiel Richtlinien für Bedienstete der Bundespolizeidirektion Wien und des Österreichischen Bundesheeres, ausgearbeitet, um neben dem bereits vereinheitlichten Prüfungsverfahren auch die sinngemäße Anwendung der Richtlinien des Bundes bei der Graduierung der Auszeichnungen gewährleisten zu können. Des weiteren ist es gelungen, durch die Vergabe von Aufträgen für die Herstellung der verwendeten Orden und Ehrenzeichen an eine andere Firma die diesbezüglichen Kosten bei gleicher, zum Teil auch besserer Qualität und Ausführung um nahezu die Hälfte zu senken. Durch ein effizienteres Prüfungsverfahren und die Heranziehung weiterer Dienststellen und Körperschaften sowie verschiedener Institutionen konnten die Vollständigkeit, Genauigkeit und Objektivität des Ehrungsverfahrens noch weiter verbessert werden.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der **Magistratsdirektion-Koordinationsbüro** lag im Jahre 1981 in der Bewältigung vielfältiger grundlegender Koordinierungsaufgaben.

Mit 1. Jänner 1981 wurde der Magistratsdirektion-Koordinationsbüro durch eine Änderung der Geschäftsteilung für den Magistrat der Stadt Wien zusätzlich die Aufgabe der Evidenzhaltung von mit Bundesdienststellen in Verhandlung stehenden grundsätzlichen Angelegenheiten übertragen.

Der vom Koordinationsbüro geleitete „Arbeitsausschuß Stadtentwicklungsplan“ setzte seine Arbeit mit der Fertigstellung eines längerfristigen Leitbildes für die räumliche Entwicklung Wiens fort. Dem Arbeitsausschuß oblag es, vor allem die Arbeitsergebnisse der Fachbereiche kritisch zu überprüfen und die notwendige Koordinierung durchzuführen.

Vom Koordinationsbüro wurde im Jahre 1981 ein umfassender Bericht über die Stadterneuerung erstellt. Aufbauend auf Meldungen der mit Fragen der Stadterneuerung befaßten Dienststellen wurden vom Koordinationsbüro in diesem Bericht alle für die Stadterneuerung relevanten Daten aufgenommen und eine Übersicht über die Leistungen der Stadt Wien in diesem Bereich sowie über die bisher getätigten Ausgaben erstellt. Jähr-

lich werden von der Stadtverwaltung für Stadterneuerungsmaßnahmen insgesamt rund 11 Milliarden Schilling aufgewendet.

Einen weiteren Schwerpunkt im Aufgabenspektrum des Koordinationsbüros bildeten jene Angelegenheiten, bei denen eine Abstimmung von Interessen der Stadt Wien mit solchen des Bundes erforderlich war.

Im Sinne der dem Koordinationsbüro neu übertragenen Aufgabe, die mit Bundesdienststellen in Verhandlung stehenden grundsätzlichen Angelegenheiten in Evidenz zu halten, wurde eine aktuelle Zusammenstellung von den zwischen Stadt Wien und Bund offenen Fragen vorgenommen und in wichtigen Sachbereichen Koordinierungsschritte eingeleitet.

Vom Koordinationsbüro wurden weiters die Grundlagen für ein Forderungsprogramm der Stadt Wien betreffend Bundeshochbauten erarbeitet. Diese Forderungen bezogen sich auf Maßnahmen im Bereich der Erhaltung und Verbesserung von Bundesobjekten, der Verbesserung der Versorgung mit Bundeseinrichtungen sowie auf Planungs- und Liegenschaftsangelegenheiten.

Wegen der Bedeutung der Volkszählung 1981 für die Zuteilung von Mitteln aus dem Finanzausgleich und die Verteilung der Nationalratsmandate hat sich das Koordinationsbüro in die Vorbereitung und Abwicklung der Großzählung eingeschaltet und insbesondere darauf hingewirkt, daß die Wiener Bevölkerung bei der Volkszählung lückenlos erfaßt wird. In einer Informations- und Aufklärungskampagne hat man die Bevölkerung über die Wichtigkeit dieser Zählung informiert. Mit Hilfe von Kontrollisten wurde die Vollständigkeit der Zählung überprüft. Um der ungerechtfertigten Abwerbung von Wienern, die in anderen Gemeinden einen weiteren Wohnsitz haben, entgegenzutreten zu können, wurden in einer umfassenden Aktion Fakten gesammelt, die in dem im Volkszählungsgesetz vorgesehenen Anhörungsverfahren bei allen jenen Personen geltend gemacht wurden, die in Wien einen Wohnsitz bekanntgaben, sich jedoch in einer anderen Gemeinde zählen ließen. Insgesamt wurden im Anhörungsverfahren über 30.000 Wiener für Wien reklamiert.

Weiters wurden vom Koordinationsbüro gemeinsame Anliegen der Bundesländer Wien und Niederösterreich an den Bund erfaßt, um die Interessen der Ostregion gegenüber Bundesdienststellen entsprechend vertreten zu können. Bei den Anliegen handelt es sich um Investitionsvorhaben, die insbesondere der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur dienen, sowie um erwünschte Maßnahmen des Bundes zur Verbesserung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage der Ostregion.

Vertreter der Magistratsdirektion-Koordinationsbüro nahmen auch an den regelmäßig zwischen Stadt Wien und den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) stattfindenden Koordinierungsgesprächen teil. Im Rahmen dieser Gespräche wurden neben Einzelkoordinierungsfragen auch grundsätzliche Überlegungen über Varianten des langfristigen Schnellbahnausbaues in Wien angestellt sowie kurzfristig realisierbare Investitionen im Schnellbahnbereich aufgezeigt. Im Rahmen der Gespräche Stadt Wien — ÖBB wurden auch die Vorstellungen der Stadt Wien zum Frachtenbahnhofskonzept der ÖBB, insbesondere im Zusammenhang mit dem geplanten weiteren Ausbau bestehender Frachtenbahnhöfe, diskutiert.

Bei der Koordinierung von Anliegen der Internationalen Organisationen stand im Jahre 1981 neben diversen Einzelproblemen insbesondere die Frage der Errichtung einer Internationalen Schule mit Standort in 22, Prandauergasse — Siebeckstraße im Vordergrund. Vom Koordinationsbüro wurden in diesem Tätigkeitsfeld auch die Interessen der Stadt Wien bei Verhandlungen im Zusammenhang mit Problemen der IIASA in Laxenburg, der beabsichtigten Gründung des Internationalen Institutes für Rohstoffforschung, der IAEO-Laboratorien in Seibersdorf sowie der Vorbereitung der UN-Weltraumkonferenz, die im August 1982 in der Wiener Hofburg stattfinden soll, wahrgenommen. Über Anregung des Koordinationsbüros wurde auch eine Studie über die Bedeutung der Internationalen Organisationen in Wien durchgeführt. Derzeit sind rund 4.000 Beschäftigte bei Internationalen Organisationen tätig. Der Wirtschaft fließen aus der Anwesenheit der Internationalen Organisationen jährlich rund 1,6 Milliarden Schilling zu.

Das Koordinationsbüro beteiligte sich im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) an einer Studie, die einen internationalen Vergleich der Struktur, Probleme und Entwicklungstendenzen von Großstädten in westlichen Industriestaaten zum Gegenstand hatte. Die Ergebnisse dieser Studie zeigten, daß die Bevölkerungsabnahme in Großstädten ein internationaler Trend in den entwickelten Industrieländern ist. Auf Grund der Ergebnisse wird nunmehr geprüft, durch welche Impulse eine gegenläufige Entwicklung eingeleitet werden kann und die negativen Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges und des Zurückbleibens der Wirtschaftskraft gemildert werden können.

Im Koordinationsbüro wurde unter anderem auch geprüft, welche Auswirkungen sich durch den geplanten weiteren Ausbau der Donaukraftwerke für Wien, insbesondere durch veränderte Staulagen bzw. Fließgeschwindigkeiten der Donau auf die Abwasserbeseitigung, den Hafenerbetrieb und die Grundwasserwerke, ergeben.

Vom Koordinationsbüro wurden die Bemühungen fortgesetzt, allgemeines Grundlagenmaterial auszuwerten und dieses allen interessierten Dienststellen zur Verfügung zu stellen. Eine wichtige Aufgabe stellte auch die Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung, insbesondere der Arbeitsmarktlage, dar. Das Koordinationsbüro hat mehrfach darauf hingewiesen, daß sich im industriellen und baugewerblichen Bereich die Arbeitsmarktsituation verschlechtert, was einerseits auf die ungünstige Produktionsentwicklung, aber auch auf das offensichtliche

Abwandern von Arbeitskräften aus benachbarten Bundesländern auf den Wiener Arbeitsmarkt zurückzuführen ist.

Um sicherzustellen, daß im Bereich des Magistrates eine auf die Erfordernisse abgestimmte Forschungstätigkeit durchgeführt wird, hat das Koordinationsbüro wie bereits in den vergangenen Jahren Koordinierungsbesprechungen mit den forschenden Fachdienststellen geführt und für das Jahr 1982 ein abgestimmtes Forschungsprogramm erstellt. In Anbetracht der angespannten Budgetsituation der Stadt Wien wurde darauf geachtet, nur dringend notwendige Arbeiten vorzusehen.

Die vom Koordinationsbüro aufgebaute Auftragsvidenz über die Forschungsarbeiten der Stadt Wien wurde 1981 fortgeführt. Wichtige Forschungsergebnisse wurden allen daran interessierten Fachdienststellen zugänglich gemacht. Die seit 1960 geführte Zusammenstellung der Forschungsarbeiten der Stadt Wien wurde um jene Arbeiten ergänzt, die 1979 und 1980 abgeschlossen wurden. Diese Zusammenstellung ist nach Sachgebieten und Fachdienststellen gegliedert.

Das Koordinationsbüro fungiert auch als Geschäftsstelle des im Jahre 1978 gegründeten Koordinationskomitees Bund—Land Wien für Rohstofforschung, Rohstoffversorgungssicherung und Energieforschung. 1981 wurden zwei Sitzungen abgehalten, in denen vier gemeinsam finanzierte Projekte behandelt wurden.

Wie in den vergangenen Jahren wurden vom Koordinationsbüro wieder Berichte über die Dienstreise systematisch erfaßt und auf neu gewonnene Erkenntnisse hin durchgearbeitet. 1981 sind 258 Dienstreiseberichte zugegangen, von den 185 an andere Dienststellen zur Information weitergeleitet wurden.

Um die Auswirkungen der zukünftigen Wohnbautätigkeit auf soziale und technische Einrichtungen der Infrastruktur besser beurteilen zu können sowie um festzustellen, ob die Bauträger über ausreichende Flächenreserven verfügen, führt das Koordinationsbüro in Intervallen von zwei Jahren bei den wichtigsten Wohnbauträgern Erhebungen über Wohnbauflächenreserven durch. Die Ergebnisse der Erhebung des Jahres 1981 zeigen, daß, wie in den letzten Jahren, Wohnbauflächenreserven für einen Zeitraum von rund 4 bis 5 Jahren vorrätig sind. Rund 50 Prozent der Flächen befinden sich im dicht bebauten Gebiet und sind daher der Stadterneuerung zuzurechnen.

Gemeinsam mit den zuständigen Fachdienststellen hat das Koordinationsbüro erstmals auch die Subjektförderung im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 analysiert und dabei festgestellt, daß die Gesamtausgaben für Wohnbeihilfen in den letzten Jahren wesentlich gestiegen sind. In einzelnen Wohnhausanlagen erreicht der Anteil der Subjekthilfebezieher bereits 70 Prozent.

In den der Magistratsdirektion-Koordinationsbüro im Jahre 1979 angegliederten zwei neuen Aufgabenbereichen, dem „Arbeitskreis Energie“ und der „Koordinationsstelle Donaubereich Wien“, wurden die begonnenen Arbeiten intensiv fortgesetzt.

Der Arbeitskreis Energie hat 1981 sechs Ausschüsse betreut, die insgesamt 14 Sitzungen abgehalten haben.

Der Arbeitsausschuß 1 befaßte sich mit dem Fernwärmeanschluß von Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien. Im Rahmen eines Ende 1980 ausgearbeiteten Zweijahresplanes wurde 1981 der Anschluß von 500 Wohnungen an die Fernwärme vorbereitet. Für 1982 ist der Anschluß von weiteren 1.000 Wohnungen vorgesehen. Ende 1981 wurde ein Dreijahresplan für die Jahre 1983 bis 1985 in Angriff genommen. Über die an die Fernwärme anzuschließenden Gebiete konnte bereits ein grundsätzlicher Konsens erzielt werden.

Der Arbeitsausschuß 2 befaßte sich mit Fragen des Einsatzes der Sonnenenergie in Bädern sowie Energieflußmessungen in Hallenbädern. Da die 1980 durchgeführten Meßreihen ergeben haben, daß beim Ablesen der Meßinstrumente durch das Bedienungspersonal der Bäder keine genügend genauen Meßergebnisse erreicht werden können, hat der Arbeitskreis Energie eine zentrale Registriereinheit entwickelt, die es ermöglicht, die Meßergebnisse von 32 Meßeinheiten zu erfassen und nach einem Zeitprogramm auf Band zu speichern. Auf diesem Band können im Wochenbetrieb bis zu 64.000 Meßergebnisse gespeichert und sodann in einer vom Arbeitskreis Energie angeschafften Rechenanlage abgelesen, ausgedruckt und rechnerisch ausgewertet werden. 1981 wurden diese vollautomatischen Meßgeräte im Theresienbad eingebaut. Für 1982 ist der Einbau von Meßgeräten im Hietzinger Bad vorgesehen. Vom Arbeitskreis Energie angeschaffte Strommeßgeräte mit Impulsgeber sollen in Zukunft für Energieflußmessungen bei Wärmepumpeneinheiten eingesetzt werden. Der erste Einsatz dieser Geräte ist in den Kinderfreibädern Hugo-Wolf-Park und Rodaun vorgesehen.

Der Arbeitsausschuß 3 bereitete Kontrollmessungen an Heiz- und Kombithermen in der neu errichteten und teilweise mit Solarheizungen ausgestatteten Wohnhausanlage Johann-Gottke-Gasse im 23. Bezirk vor. Diese Wohnhausanlage wird im März 1982 der Wohnhausverwaltung übergeben werden. Der Ausschuß 3 hat auch in Zusammenarbeit mit den Wiener Gaswerken in sechs mit Gasthermen beheizten Objekten Meßeinheiten eingebaut, um Vergleichsmessungen durchführen zu können.

Der Arbeitsausschuß 4 befaßte sich mit der Entwicklung eines Sonnenenergieturmes, der in der Wohnhausanlage in 23, Johann-Gottke-Gasse zur Aufstellung gelangt. Der Sonnenenergieturm wird Heizwärme und Warmwasser für vier Wohnobjekte liefern.

Der Arbeitsausschuß 5 hat sich im Jahre 1981 mit einem Gas-Wärmepumpen-Projekt zur besseren Auswertung der Wärme der Heilquelle Obcrlaa befaßt.

Ende 1981 wurde ein sechster Arbeitsausschuß gegründet, der sich mit Wärmepreisvergleichen sowie mit der Vorbereitung von entsprechendem Informationsmaterial, mit dem für den Anschluß von Wohnungen an die Fernwärme geworben werden soll, befaßt.

Über Auftrag des Arbeitskreises Energie wurde in der Heizwerkstätte der MA 32 eine dritte Kollektorgeneration entwickelt, an der Messungen des thermodynamischen Wirkungsgrades sowie Materialuntersuchungen durchgeführt werden.

Die Koordinationsstelle Donaubeereich Wien hat im Jahre 1981 Verhandlungen mit dem Bund über eine Klärung der künftigen Grundbesitzverhältnisse im Donaubeereich fortgeführt. In Verhandlungen konnte erreicht werden, daß Niederösterreich seine rechtlichen Bestimmungen jenen Regelungen anpaßt, die für den Donaubeereich auf Wiener Stadtgebiet bereits Anwendung finden.

Um im Katastrophenfall kurzfristig gezielte Maßnahmen treffen zu können, wurde mit den verschiedenen Fachdienststellen des Magistrates bzw. Organisationen, die außerhalb des Magistrates stehen, ein Alarm- und Einsatzplan ausgearbeitet. Eine im Sommer 1981 abgehaltene größere Einsatzübung zeigte als Ergebnis, daß sich die getroffenen Maßnahmen (Meldestellen für Unfälle, Kooperation der Rettungsmannschaften innerhalb und außerhalb des Magistrates) bereits gut bewähren.

1981 konnten weitere fertiggestellte Abschnitte der Donauinsel und der Neuen Donau, vor allem der Bereich Langenzersdorf bis zur Floridsdorfer Brücke, der Bevölkerung zur Benutzung übergeben werden. Durch die Fertigstellung der Fußgeher- und Grünbrücken im Zuge der Überfuhrstraße bzw. der Teslagasse über die A 22 konnte die Erreichbarkeit des linken Ufers der Neuen Donau und der Donauinsel für Floridsdorfer Bürger wesentlich verbessert werden. Besonders stark frequentiert wurde der Südteil der Neuen Donau, in dem bereits insgesamt 6.000 Stellplätze für Kraftfahrzeuge zur Verfügung stehen. Das Parkplatzangebot wird durch das Rückversetzen der Leitschienen entlang der Raffineriestraße weiter ausgebaut. Die große Beliebtheit der Neuen Donau und Donauinsel bei der Wiener Bevölkerung und die damit verbundene starke Frequenz — bis zu 200.000 Besucher an Wochenenden — haben es erforderlich gemacht, auch entsprechende Folgeeinrichtungen, wie z. B. gastronomische Betriebe, Sanitäranlagen, weiter auszubauen. Auf der Neuen Donau und Donauinsel wurde im Jahre 1981 auch eine Reihe von Veranstaltungen, die teilweise von Dienststellen des Magistrates, teilweise von privaten Interessentengruppen organisiert und durchgeführt wurden, abgehalten. In diesem Zusammenhang muß insbesondere das Eröffnungsfest im Nordteil der Donau, bei dem etwa 200.000 Gäste erschienen waren, sowie ein vier Tage dauerndes Folkfestival im Südteil der Donau mit etwa 25.000 Besuchern erwähnt werden. Darüber hinaus wurden 1981 Sportveranstaltungen im Rudern, Windsurfen, Segeln und Wettfischen veranstaltet. Auch das nun schon traditionelle Zeltlager der Stadt Wien sowie eine Reihe von Veranstaltungen im Rahmen der Familiensonntage, bei denen z. B. auch Erste-Hilfe-Kurse durchgeführt wurden, fanden auf der Donauinsel statt.

Einen wichtigen Schwerpunkt in der Tätigkeit der Koordinationsstelle Donaubeereich Wien bildete die Vorbereitung größerer Bauvorhaben. So war es 1981 möglich, die auf die öffentliche Hand entfallenden Kosten für die Errichtung des Segelhafens im Nordabschnitt der Neuen Donau durch eine Abänderung des Projektes wesentlich zu senken. Weiters ist es gelungen, für den Segelhafen, der im Endausbau neben den erforderlichen gastronomischen Einrichtungen und technischen Anlagen Platz für 300 Boote an Schwimmstegen und ein Bootshaus für 500 Boote aufweisen wird, eine Gesellschaft auf privatwirtschaftlicher Basis zu gründen. Ähnliche Überlegungen werden für die Errichtung und den Betrieb des im Auslaufbereich flußabwärts des Wehres 2 der Neuen Donau geplanten Motorboothafens angestellt.

Für den ehemaligen als Getreidespeicher verwendeten Stahlbetonskelettbau am rechten Ufer der Donau, der ursprünglich hätte abgerissen werden sollen, konnten Interessenten gefunden werden, die die baukünstlerisch interessante Bausubstanz zu revitalisieren beabsichtigen.

Die Tätigkeit im öffentlichen Dienst erfordert nicht nur eine schulische Vorbildung oder berufliche Fachausbildung, sondern zudem auch eine den besonderen Aufgaben der Verwaltung gerecht werdende berufsspezifische Ausbildung. Daraus erklärt sich auch der Umstand, daß die erfolgreiche Ablegung einer besonderen Dienstprüfung noch immer die Voraussetzung für die Übernahme in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis bildet. In Österreich lag die Beamtenausbildung anders als in vielen europäischen Staaten seit jeher in der Hand des jeweiligen Verwaltungsträgers. Diese intern durchgeführte Ausbildung war für eine Reihe von Gebietskörperschaften der Ansatzpunkt, eigene Verwaltungsakademien einzurichten und diesen die Aus- und Weiterbildung der Bediensteten zu übertragen. Die Verwaltungsakademie der Stadt Wien wurde bereits im Jahre 1929 gegründet und wird seit dem Jahre 1977 als selbständige Dienststelle im Rahmen der Magistratsdirektion geführt. Diese neue Organisationsform ermöglichte es der Magistratsdirektion-Verwaltungsakademie, ihre Stellung als zentrale Bildungseinrichtung des Wiener Magistrates immer weiter auszubauen und die Aus- und Fortbildung der städtischen Bediensteten in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu steigern.

Erstmals wurde im Jahre 1981 damit begonnen, neu aufgenommene Bedienstete sofort in das Aus- und Fortbildungswesen einzubinden. Noch vor ihrer Zuteilung zur ersten Dienststelle wird den Berufsanfängern die Möglichkeit geboten, in einwöchigen Einführungsseminaren die Grundzüge der Organisation und Aufgaben





Der Vorsitzende des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, A. Nikolaj Tichonow, wird bei seinem Besuch im Rathaus von Bürgermeister Leopold Gratz empfangen

#### Magistratsdirektion

Vorsitzender des Bundesexekutivrates der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Veselin Djuranović, trägt sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Bürgermeister Leopold Gratz begrüßte den Gast





Anlässlich seines offiziellen Besuches im Rathaus wird der Generalsekretär des Europarates, Dr. Franz Karasek, von Bürgermeister Leopold Gratz begrüßt

#### Magistratsdirektion

Der Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg, Dr. Pierre Werner, trägt sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Frau Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner empfing den Gast



der Stadtverwaltung kennenzulernen sowie Informationen über die Arbeitsabläufe und die dienstrechtlichen Vorschriften zu erhalten. Überdies wird in diesen Seminaren auch die Einstellung zur Verwaltungstätigkeit als Dienst am Bürger durch einen psychologisch aufgebauten Seminarblock vermittelt. Durch diese Seminare ist es gelungen, einen Brückenschlag zwischen den oft sehr unklaren eigenen Vorstellungen über die Tätigkeit in der Verwaltung und den tatsächlichen Anforderungen im Berufsleben herbeizuführen. Weiters ist die Verwaltungsakademie dazu übergegangen, die neuen Mitarbeiter vor Beginn ihrer Ausbildung in den Dienstprüfungskursen in Einführungsveranstaltungen über die Organisation und Ziele der Ausbildung zu unterrichten.

Für die Aus- und Fortbildungsveranstaltungen stehen der Verwaltungsakademie in Wien insgesamt 18 mit modernen audiovisuellen Geräten ausgestattete Kurs- und Seminarräume zur Verfügung. Zwei Räume sind als Phonetielehrräume eingerichtet, von denen ein Raum eine Zusatzeinrichtung zur Verwendung als Sprachlabor aufweist. Überdies werden auch laufend Konferenzräume anderer Dienststellen für Schulungszwecke herangezogen. Für Seminare, die wegen des Erfordernisses einer ungestörten Arbeitsatmosphäre außerhalb von Wien durchgeführt werden müssen, hat die Verwaltungsakademie mit einer Reihe von Hotels kostengünstige Vereinbarungen abgeschlossen. Um den Hin- und Rücktransport der Seminarteilnehmer zu gewährleisten, wurde im Jahre 1981 aus Mitteln der Verwaltungsakademie zusätzlich ein Kleinbus angekauft. Infolge der Ausweitung der Seminartätigkeit wurde auch eine transportable Farb-Videoanlage neu angeschafft, so daß der Verwaltungsakademie insgesamt 4 Videoanlagen zur Verfügung stehen.

Im Rahmen des Ausbildungs- und Prüfungswesens wurden bis Juni 1981 zwanzig Vorbereitungskurse für die Dienstprüfungen abgeschlossen. Das sind um zwei Kurse mehr als im vergangenen Jahr. Zu den Dienstprüfungen traten 145 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes und 239 Kanzleibedienstete an. Ab September 1981 wurden 22 Kurse geführt, zu denen 12 rechtskundige Bedienstete, 187 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes und 295 Kanzleibedienstete eingeteilt wurden. Außerdem fanden 8 Ausbildungslehrgänge in Maschinschreiben für neu aufgenommene Verwaltungsbeamte statt, wobei insgesamt 168 Verwaltungsbeamte das Kursziel erreicht haben. Für die Lehrlinge bei der Stadt Wien wurden ein Kurs in Stenographie und Maschinschreiben und zwei Kurse über „Richtiges Rechtschreiben“ durchgeführt.

Aus dem Skriptenstand der Verwaltungsakademie wurden den städtischen Bediensteten 8.364 Skripten, die als Lernbehelf für die Aus- und Fortbildungsveranstaltungen und gleichzeitig als Arbeitsbehelf für dienstliche Zwecke dienen, kostenlos zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden 15.524 Skripten für den Dienstgebrauch ausgegeben, wobei den Dienststellen 109 verschiedene, auf den neuesten Stand gebrachte Skripten angeboten wurden.

Der fortlaufenden Schulung der Vortragenden in den Dienstprüfungskursen wurde wieder besonderes Augenmerk zugewandt. Für die an der Verwaltungsakademie tätigen Referenten wurden allein im Jahre 1981 sieben Seminare veranstaltet, welche Didaktik, Medienkunde, Lernpsychologie und richtiges Prüfen zum Inhalt hatten.

Den Bürokaufmannslehrlingen leistet die Verwaltungsakademie durch Refresher-Seminare Hilfestellung für eine erfolgreiche Ablegung der Lehrabschlußprüfung. Überdies hat die Verwaltungsakademie den Bürokaufmannslehrlingen durch die Ausgabe von Bildungsschecks den kostenlosen Besuch von Veranstaltungen der Wiener Volkshochschulen und des Österreichischen Stenographenverbandes im Gegenwert von 25.000 S ermöglicht. Die für die Betreuung der Lehrlinge vorgesehenen Lehrlingsausbilder wurden auf ihre Tätigkeit in eigenen Seminaren vorbereitet.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Verwaltungsakademie lag, wie bereits in den vergangenen Jahren, auf dem Gebiet der berufsbegleitenden Fortbildung. An insgesamt 360 Veranstaltungen — in dieser Zahl sind die zahlreichen Kurse und Seminarreihen nur als Einzelveranstaltungen gerechnet — haben etwa 7.300 Bedienstete teilgenommen. Die Palette des Bildungsangebotes der Verwaltungsakademie reicht von berufsorientierten allgemeinen Veranstaltungen bis zu berufs- und fachspezifischen Kursen sowie Seminaren über Verhaltenstraining und Führungskräftebildung.

Die von der Verwaltungsakademie durchgeführten berufsorientierten allgemeinen Veranstaltungen sind allen Bediensteten ohne Unterschied auf ihre berufliche Stellung frei zugänglich. Im Rahmen dieses allgemeinen Veranstaltungsprogramms werden Veranstaltungen angeboten, die der Hebung des Wissensstandes dienen und die Mitarbeiter in die Lage versetzen sollen, im dienstlichen Bereich gesellschaftliche, rechtliche und wirtschaftliche Zusammenhänge besser zu erkennen. Darunter fallen etwa Veranstaltungen, die einen Einblick in die Tätigkeiten und Leistungen der Stadtverwaltung bieten, Schwerpunkte des Verwaltungshandelns aufzeigen oder Probleme, mit denen die Verwaltung in den einzelnen Verwaltungssparten konfrontiert wird, darlegen. Andere Veranstaltungen haben den Zweck, die Vollziehung neuer Rechtsvorschriften zu erläutern oder die Mitarbeiter mit ihren dienstlichen Rechten und Pflichten näher vertraut zu machen. Aber auch die von der Verwaltungsakademie im Jahre 1981 geführten 15 Englisch- und Französisch-Sprachkurse, die außerhalb der Dienstzeit besucht werden können, werden im allgemeinen Veranstaltungsprogramm angeboten. Dazu kommen noch Kurse über die elektronische Datenverarbeitung, über Erste Hilfe, über Maschinschreiben und Stenographie sowie Exkursionen zu städtischen Einrichtungen. Um die Publizität dieses Veranstaltungs-

programms zu erhöhen, wird die periodische Bekanntgabe der Veranstaltungen im Erlaßweg zusätzlich durch Plakate, die den Dienststellen zur Anbringung in den Amtsgebäuden übergeben werden, erhöht. Außerdem wird das Veranstaltungsprogramm wöchentlich in der Mitarbeiterzeitschrift „Wien aktuell“ veröffentlicht. Der Verwaltungsakademie ist es durch diese Öffentlichkeitsarbeit gelungen, die Bediensteten direkter und rascher über das allgemeine Bildungsangebot zu informieren. Ein Erfolg dieser Breitenwirkung hat sich in den ständig steigenden Besucherzahlen bereits niedergeschlagen.

In den berufs- und fachspezifischen Fortbildungsveranstaltungen werden den Bediensteten fortlaufend Kenntnisse für ihren jeweiligen beruflichen Aufgabenbereich vermittelt. Wesentliche Bedeutung kommt hierbei der Schulung der Sachbearbeiter zu. Das Programm dieser Kurse wird von der Verwaltungsakademie im engen Einvernehmen mit den Fachdienststellen festgelegt. Im Jahre 1981 wurden derartige Fortbildungskurse unter anderem für Mitarbeiter der MV-ADV sowie der MA 4, 6, 11, 12, 17, 36, 46 und 70 durchgeführt. Aber auch Schulungsveranstaltungen für bestimmte Aufgabengebiete (z. B. Vergabe von Leistungen, Erstellung von Drucksorten, Mietrechtsangelegenheiten) oder Zielgruppen (z. B. Rundfahrtenführer, Spitalsverwalter, leitende Krankenpflegepersonen, Kanzleileiter, Mitarbeiter in der Ehe- und Familienberatung) bieten Ansatzpunkte für eine planmäßig betriebene Bildungsarbeit.

Für den Bereich der technischen Bediensteten hat die Verwaltungsakademie im Einvernehmen mit der MD-Stadtbauverwaltung einen Zyklus von fachspezifischen Veranstaltungen begonnen. Die Durchführung unter der Leitung von fachkundigen Bediensteten des Magistrates in Seminarräumen der Verwaltungsakademie in Wien ermöglicht eine optimale Schulung der Bediensteten, die Vermittlung der letzten wissenschaftlichen Erkenntnisse und eine ungestörte Diskussion der einzelnen Problemkreise bei verhältnismäßig geringem Kostenaufwand. Die Schulungs- und Nachschlagunterlagen, die von den Vortragenden aus diesen Anlässen ausgearbeitet wurden, stehen mittlerweile in Form von Skripten allen städtischen Bediensteten zur Verfügung, werden auch im Rahmen von Dienstprüfungskursen ausgegeben und häufig als Handbehelf für den Dienstbetrieb angefordert. Der Zyklus wurde mit einer von der MA 39 — Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien vorbereiteten Seminarreihe über „Wärmeschutz“ eröffnet. Gerade in einer Zeit des übermäßigen Anstiegens der Energiekosten erwies sich eine theoretische Einführung in diesen Themenbereich, die Behandlung von Baustoffverhalten und die Erstellung von Berechnungs- und Konstruktions-Beispielen für bauplanende und bauausführende Dienststellen als überaus wertvoll. Insgesamt nahmen 375 Bedienstete an diesem Seminar teil.

Im Dienste des Umweltschutzes stand der nächste Seminarzyklus, der dem „Lärm- und Schallschutz“ gewidmet war. Insgesamt wurden im Rahmen dieser Veranstaltung 400 Bedienstete mit den physikalischen Grundlagen, bauakustischen Anforderungen und Meßmethoden sowie mit den erforderlichen Abhilfemaßnahmen in Emissionsfällen vertraut gemacht. Eine eigene Seminargruppe befaßte sich mit den Lärmschutzmaßnahmen im Straßenbau. Auch für diese Seminare wurden Fachleute der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien eingesetzt, die an Hand eigens dafür erarbeiteter Unterlagen und unter gleichzeitiger Demonstration verschiedener Versuchsmodelle sowie Meßgeräte den Seminarstoff an Ort und Stelle mit praktischen Beispielen veranschaulichen konnten.

Der Zyklus „Vorbeugender und baulicher Brandschutz“ wurde von der Verwaltungsakademie im Einvernehmen mit Fachleuten der MA 35 — Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten und der MA 68 — Feuerwehr und Katastrophenschutz vorbereitet. Gerade die zahlreichen größeren Brandvorkommnisse in der jüngeren Vergangenheit und auch die Neuorganisation der bau- und gewerbepolizeilichen Agenden ließen die Behandlung dieses Themenkreises besonders vordringlich erscheinen. Das bisher von 160 Bediensteten besuchte Brandschutzseminar vermittelte den einschlägig tätigen Amtssachverständigen einen Wissensausgleich mit den besonderen Kenntnissen und Erfahrungen der Sachverständigen der MA 35 und der MA 68. Eine Zusammenstellung der rechtlichen Grundlagen und einschlägigen Önormen, das Aufzeigen der Möglichkeiten und Grenzen bau- und gewerbebehördlicher Vorschriften und eine Darstellung der Erfordernisse des vorbeugenden betrieblichen Brandschutzes aus der Sicht der Feuerwehr bildeten den Kern der dabei vermittelten Information.

An Hand der von den Teilnehmern anonym abgegebenen Seminarbeurteilungen konnte man erkennen, daß die Aufarbeitung derartiger Fachthemen in Seminarform bei den Bediensteten großen Anklang gefunden hatte. In den Beurteilungen wurde auch vielfach auf die Notwendigkeit einer weiteren Fortbildung in Detailgebieten hingewiesen. Der damit eingeleitete regelmäßige Erfahrungsaustausch läßt eine wesentliche Voraussetzung zur Verbesserung der Serviceleistungen der Wiener Stadtverwaltung erwarten.

Den von der Verwaltungsakademie veranstalteten Schulungen auf verhaltensmäßigem Gebiet liegen die Ergebnisse und Methoden der praktischen Psychologie zugrunde. Diese hat überall dort, wo sie über die reine Diagnose hinausgeht und die Veränderung des Menschen anstrebt, das Anliegen, die Möglichkeiten des Menschen zu erweitern und den Grad seiner Selbststeuerung zu erhöhen. Nach dem heutigen Wissen verfügt der Mensch über mehr Fähigkeiten und Erlebnismöglichkeiten als er zu nutzen versteht. Die Nutzbarmachung dieser Reserve ist ein Ziel. Das andere ist, daß der Mensch lernen muß, sein Verhalten und sein Leben selbst zu steuern und nicht nur auf seine Bedürfnisse und auf Einwirkungen von außen zu reagieren. Die Programme für die verschiedensten Arten des Verhaltenstrainings wurden in Zusammenarbeit mit Hoch-

schullehrern und Hochschulinstituten erstellt. Ein besonderes Trainingsprogramm wurde für leitende Beamte entwickelt, das sich mit Fragen der Selbststeuerung, der Motivation und der Führung von Mitarbeitern beschäftigt. Bei diesen Führungskräften wird besonderer Wert auf folgende Bildungsziele gelegt: die Fähigkeit zu logischem, analytischem, kritischem und strukturierendem Denken, die Fähigkeit zu dispositivem Denken, die Fähigkeit, sich Ziele zu setzen und zu entscheiden, die Fähigkeit zur Zusammenarbeit und die Fähigkeit zur Ausdauer und Leistungsfreude aus dem Bewußtsein, Aufgaben lösen zu können. Für Dienststellenleiter und deren Stellvertreter hat die Verwaltungsakademie eine aus drei Seminarblöcken bestehende Seminarreihe „Psychologisches Führungskräfte-Training“ entwickelt, die im Jahre 1981 von etwa 100 Führungskräften besucht wurde. Im Herbst 1981 hat die Verwaltungsakademie einen Seminarzyklus über das „Führen von Mitarbeitern“ begonnen, an dem bereits 40 Zwischenvorgesetzte teilgenommen haben. Andere Zielgruppen des Verhaltenstrainings sind Bedienstete, die starken Parteienverkehr oder sonst intensive dienstliche Kontakte mit Bürgern haben. Da das Ansehen, das eine Verwaltung bei der Bevölkerung genießt, nicht zum geringen Teil davon abhängig ist, in welcher Weise die Vertreter der Verwaltung ihr gegenüberstehen, ist eine Schulung der Bediensteten auf diesem Gebiet besonders wichtig. Sinn und Ziel des Verhaltenstrainings bestehen aber nicht darin, Techniken zu lernen, sondern die Einstellung und das Verhalten gegenüber dem anderen, dem Bürger, dem Mitarbeiter oder dem Vorgesetzten zu verbessern. Zu diesen Seminaren zählen Schulungen für den Parteienverkehr, Kommunikationstraining für Bürgerversammlungen, Verhaltenstrainingsseminare für besondere Beamtengruppen (z. B. Hausinspektoren, Angehörige des Bürgerdienstes und der MD-ADV) und Seminare über den Umgang mit Wohnungswerbern.

Für Bedienstete, die Verhandlungen zu führen haben oder laufend an Verhandlungen teilnehmen, werden spezielle Seminare über „Rede- und Verhandlungstraining“ durchgeführt.

Zunehmende Bedeutung erlangen die Kurse, in denen mit Hilfe von Moderatoren Grundlagen und Voraussetzungen für Organisationsentwicklungen erarbeitet, neue Modelle für die Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Bevölkerung entworfen und Aufgabenkataloge mit Prioritätsvorschlägen erstellt werden. Die Gruppendynamik findet hierbei ein Anwendungsfeld.

In methodischer Hinsicht wird je nach Bildungsaufgabe und Zielgruppe ein variationsfähiges Instrumentarium von Lehrformen eingesetzt. Dieses reicht vom Frontalvortrag bis zu mitarbeitensintensiven Lehr- und Lernmethoden, wie Gruppenarbeit, Projekt- und Fallstudien. Die audiovisuellen Hilfsmittel unterstützen die Arbeit. Zur Erleichterung des Lernens und zum ergänzenden Selbststudium stellt die Verwaltungsakademie den städtischen Bediensteten Skripten zur Verfügung. Diese Skripten dienen auch als wertvoller Behelf für deren dienstliche Tätigkeit.

Da die Verwaltungsakademie einen großen Überblick über die Veranstaltungsprogramme anderer Bildungseinrichtungen besitzt, kann sie den Bediensteten durch Gewährung von Kostenbeiträgen ermöglichen, ausgewählte Veranstaltungen anderer Institutionen zu besuchen. Dieser Weg wird dann beschritten, wenn die Abhaltung eigener Veranstaltungen wegen der geringen Zahl der dafür in Frage kommenden Bediensteten nicht zweckmäßig oder wirtschaftlich ist. Im Jahre 1981 betrug die Höhe der Zuschüsse, die 233 Bediensteten für den Besuch von Veranstaltungen anderer Bildungseinrichtungen gewährt wurden, rund 460.000 S.

Die im Jahre 1981 von der Verwaltungsakademie durchgeführten Vorarbeiten zur *Bereinigung der Wiener Rechtsvorschriften* haben ergeben, daß in Wien derzeit mehr als 900 Rechtsvorschriften aus dem Bereich der Landes- und Gemeindeverwaltung sowie der mittelbaren Bundesverwaltung in Geltung stehen. Auf Grund der Meldungen der Fachdienststellen stehen der MD-Verwaltungsakademie nunmehr chronologisch und systematisch geordnete Aufzeichnungen über diesen Bestand in Karteiform zur Verfügung. Diese Kartei ermöglichte es auch, eine Übersicht zu erstellen, welche der geltenden Vorschriften infolge ihrer Nichtanwendbarkeit, ihrer geringen Bedeutung für die Praxis oder aus sonstigen Gründen aufgehoben oder abgeändert werden sollen sowie welche Vorschriften einer zusammenfassenden Publikation bedürfen. Als Nebeneffekt gibt die Karteiorganisation einen Überblick über die legistischen Aktivitäten in Wien während einzelner Zeitabstände. Der hohe Prozentsatz an Regelungen, den selbst die zuständigen Fachdienststellen als überarbeitungsbedürftig (11%), wiederverlautbarungsbedürftig (6%) oder entbehrlich bezeichneten, bestätigt erneut die Notwendigkeit der Durchführung einer Rechtsbereinigung. Auf Grund eines Berichtes über die Schlußfolgerungen, die sich aus dieser Bestandsübersicht ergaben, erhielt die Verwaltungsakademie den Auftrag, unter Mitarbeit der Fachdienststellen eine nach Fachgebieten geordnete Sammlung der geltenden Texte aller Wiener Rechtsvorschriften, und zwar in Form einer Loseblattausgabe vorzubereiten, die ständig auf dem letzten Stand gehalten werden soll. Bestehende Publikationseinrichtungen (Landesgesetzblatt, Amtsblatt der Stadt Wien) sollen durch die Loseblattausgabe der Wiener Rechtsvorschriften nicht berührt werden. Gleichzeitig mit dem Aufbau der erwähnten Sammlung werden — entsprechend dem eigentlichen Ziel einer Rechtsbereinigung — die notwendigen organisatorischen Maßnahmen vorbereitet, um unter Mitarbeit der Fachdienststellen formell zwar noch in Kraft stehendes, inhaltlich jedoch überholtes Rechtsgut auszuscheiden und durch legistische Maßnahmen weitgehend Klarheit über den geltenden Rechtsbestand zu schaffen. Ein zu diesem Zweck im Jahre 1981 ausgearbeiteter Diskussionsentwurf eines Wiener Rechtsbereinigungsgesetzes bedient sich dazu der

Technik der „negativen Ausschlußwirkung“. Die mit einem solchen Gesetz verbundene Absicht besteht darin, alle landesrechtlichen Vorschriften aufzuheben, die vor einem bestimmten Stichtag in Kraft getreten sind. Von dieser generellen Aufhebung sollen allerdings solche Rechtsvorschriften ausgenommen bleiben, die weiterhin benötigt und in einer dem Gesetz angeschlossenen Positivliste ausdrücklich aufrechterhalten werden. Die Einbringung eines derartigen Gesetzesentwurfes ist selbstverständlich jedoch erst dann sinnvoll, wenn die Zahl der vor dem Stichtag gelegenen und noch aufrechtzuerhaltenden Rechtsvorschriften wesentlich reduziert wird. Eine Zusammenstellung der für eine Aufhebung oder Wiederverlautbarung in Betracht kommenden Vorschriften wird bereits an Hand des Karteiapparates vorbereitet. Mit einer solchen Bereinigung des Wiener Rechtsbestandes in Verbindung mit der Herausgabe einer vom Magistrat redigierten Loseblattausgabe des Wiener Rechtes wäre nicht nur ein wesentlicher Beitrag zur Rechtssicherheit und Rechtsklarheit geleistet, sondern auch den Bürgern und den Organen der Vollziehung der Zugang zum Recht wesentlich erleichtert.

Die **Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision (MD-VR)** hatte am 31. Dezember 1981 die Dienstaufsicht über 92 Beamte des höheren Verwaltungsdienstes, 9 Beamte des höheren Archividienstes, 14 Beamte des höheren Bibliotheksdienstes, 14 Beamte des höheren Dienstes in den Museen, weiters über 2.113 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, 471 Fachbeamte des Erziehungsdienstes und Erzieher, 30 Erziehungsberater, 478 Fachbeamte des Fürsorgedienstes und Fürsorger, 184 Fachbeamte des Büchereidienstes und Büchereibedienstete, 105 Bedienstete der Automatischen Datenverarbeitung, ferner über 1 Arzt, 2 Tierärzte, 15 Bedienstete der Stadtbaudirektion, 3.495 Kanzleibeamte, 512 Amtsgehilfen, 71 Teilzeitbeschäftigte, schließlich über 369 Sondervedienstbedienstete, Heimaufseher, Kraftwagenlenker, Facharbeiter, Hilfskräfte usw., 690 Bürokaufmannslehrlinge und 30 bautechnische Zeichnerlehrlinge.

Von den insgesamt 8.695 der Dienstaufsicht unterstellten Bediensteten befanden sich am 31. Dezember 1981 139 im Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft, 33 leisteten zu diesem Zeitpunkt den ordentlichen Präsenzdienst bzw. Zivildienst ab und 164 wurde ein Urlaub ohne Bezüge gewährt, in der Mehrzahl der Fälle als Fortsetzung des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft. In Ausübung der Dienstaufsicht wurden 2.008 Bedienstete innerhalb der städtischen Dienststellen versetzt. Durch Pensionierung, Dienstesensagung, Kündigung oder Tod schieden 603 Bedienstete aus. Im Jahre 1981 bewarben sich mit 475 Maturanten weit mehr als in den vergangenen Jahren um die Aufnahme als Fachbeamte des Verwaltungsdienstes. Unter Bedachtnahme auf das Anforderungsprofil mußten daher zusätzliche Auswahlkriterien in Form psychologischer Tests eingeführt werden, um in Anbetracht der notwendigen Personaleinsparungen schließlich die 110 am besten geeigneten Bewerber aufzunehmen. Der Bedarf an Kanzleibeamten wurde vorwiegend aus den Reihen der ausgebildeten Bürokaufmannslehrlinge, zum Teil aber auch durch 144 Neuaufnahmen gedeckt.

Von den 606 Jugendlichen, die nach ihrer Bewerbung zum Aufnahmetest für **B ü r o k a u f m a n n s l e h r l i n g e** beim Magistrat der Stadt Wien eingeladen wurden, sind 521 zur Prüfung angetreten. 250 haben den Test bestanden und wurden zur Aufnahme vorgeschlagen. 223, davon 180 Mädchen und 43 Burschen, haben ihre Ausbildung im August und September begonnen. Von den 40 zum Aufnahmetest geladenen Bewerbern um eine Anstellung als bautechnische Zeichnerlehrlinge sind 34 zur Prüfung angetreten. 16 haben diese bestanden. 14, davon 2 Mädchen und 12 Burschen, wurden im September aufgenommen. Insgesamt standen am 31. Dezember 1981 690 Jugendliche, die vom Lehrlingsreferat betreut wurden, in einem Lehrverhältnis zur Stadt Wien, und zwar 660 Bürokaufmannslehrlinge (220 im ersten, 214 im zweiten und 226 im dritten Lehrjahr) und 30 bautechnische Zeichnerlehrlinge (14 im ersten, 9 im zweiten und 7 im dritten Lehrjahr). 218 Bürokaufmannslehrlinge und 9 bautechnische Zeichnerlehrlinge beendeten ihre Ausbildung. 41 Bürokaufmannslehrlinge haben ihre Lehrzeit mit „ausgezeichnetem Erfolg“ abgeschlossen, 68 Bürokaufmanns- und 3 bautechnische Zeichnerlehrlinge beendeten ihre Lehrzeit mit „sehr gutem Erfolg“. Zur Lehrabschlußprüfung vor einer Prüfungskommission der Wiener Handelskammer haben sich 214 Bürokaufmanns- und 9 bautechnische Zeichnerlehrlinge angemeldet, davon sind 204 zur Prüfung angetreten. 197 bestanden die Prüfung, 33 davon mit „ausgezeichnetem Erfolg“. 7 treten zu einem späteren Termin an. Von den 9 bautechnischen Zeichnerlehrlingen bestanden 8 die Prüfung.

In der Zentralen Ausbildungsstelle für Lehrlinge wurden 242 Bürokaufmannslehrlinge in 14tägigen Turnusen unterwiesen. Die Lehrlinge wurden mit dem Aufbau des Magistrates vertraut gemacht, hörten Vorträge entsprechend den Ausbildungsrichtlinien, nahmen an Exkursionen teil und wurden zu einschlägigen Übungen und Arbeiten herangezogen.

Lehrlinge, die auf Grund ihrer schulischen Erfolge und arbeitsmäßigen Leistungen in den Vordergrund traten, sind besonders ausgezeichnet worden. So wurden 107 Vorzugsschüler (103 Bürokaufmannslehrlinge und 4 bautechnische Zeichnerlehrlinge) vom amtsführenden Stadtrat für Personal- und Rechtsangelegenheiten zu einer Stadtrundfahrt und einer Jause sowie 41 ausgelernte, junge Kanzleibedienstete zu einem Mittagessen in den Rathauskeller eingeladen. 139 Lehrlinge im dritten Lehrjahr (134 Bürokaufmannslehrlinge und 5 bautechnische Zeichnerlehrlinge) erhielten Remunerationen im Wert von je 1.100 S.

Die bewährte Aktion „Bildungsscheck“ wurde gemeinsam mit der MD-Verwaltungsakademie weitergeführt. Alle im Jahre 1981 aufgenommenen Bürokaufmannslehrlinge und bautechnische Zeichnerlehrlinge erhielten

diese Gutscheine im Wert von je 500 S, mit denen während der gesamten Lehrzeit Kurse an Wiener Volkshochschulen oder beim Österreichischen Stenographenverband belegt werden können.

Gemeinsam mit der MD-Verwaltungsakademie wurden 10 Vorbereitungsseminare für die Ablegung der Lehrabschlußprüfung abgehalten, an denen alle Bürokaufmannslehrlinge des dritten Lehrjahres teilnahmen. Als Vortragende konnten wieder Vertreter der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes gewonnen werden.

Weiters wurden fünf zweitägige Seminare für Ausbilder durchgeführt. In Zusammenarbeit zwischen Berufsschule, Bildungsreferat der Gewerkschaft, MD-Verwaltungsakademie und dem Lehrlingsreferat wurden wieder mehrere Nachhilfekurse in Rechtschreiben, Kurzschrift und Maschinschreiben abgehalten.

Die Bediensteten des Lehrlingsreferates der MD-Verwaltungsrevision haben auch 1981 wieder zahlreiche Kontaktgespräche mit Lehrlingen, deren Eltern und den Ausbildern geführt, vor allem anlässlich der Aufnahmen und der halbjährlichen Zuteilungsänderungen, um ein allen Teilen gerecht werdendes Ausbildungsniveau und somit das Ausbildungsziel zu erreichen. Zur Förderung der Berufsausbildung wurde so wie alle Jahre ein Wettbewerb in Stenographie und Maschinschreiben für städtische Bedienstete veranstaltet. Von den 1.842 abgegebenen Arbeiten wurden 1.056 mit Diplomen bedacht, außerdem 146 Preise verliehen.

Auch im Jahre 1981 nahmen Bedienstete der MD-Verwaltungsrevision an einer großen Anzahl von Besprechungen und Revisionen teil oder führten diese selbständig durch, wozu insgesamt 905 Einzeleinsätze erforderlich waren. Auf Grund der Überprüfungsergebnisse konnte wieder eine größere Anzahl von Dienstposten eingespart werden.

Zu Jahresbeginn war jede der rund 350 Kassen des Magistrates auf Grund des Vorjahresumsatzes einer von acht Gefahrenklassen zuzuordnen, um damit die Höhe der Kassierzulagen für jene Bediensteten festzusetzen, die im Parteienverkehr ständig mit der Annahme und Leistung von Barzahlungen betraut sind. Weiters war über Anträge auf Zuerkennung von Nebengebühren, wie Personal-, Bau-, Sonder- und Außendienstzulagen sowie Mehrdienstleistungsvergütungen, zu entscheiden. So mußten im Jahre 1981 rund 2.500 derartige Anträge, um rund 400 mehr als im Vorjahr, auf ihre Berechtigung geprüft werden.

Für die Durchführung der Großzählung 1981 wurden sämtliche Zähler aus dem eigenen Personalstand bestellt und den magistratischen Bezirksämtern zur Verfügung gestellt. Für die Volksbefragungen vom 15. bis zum 17. November und vom 9. bis zum 11. Dezember wurde das für die Annahmestellen erforderliche städtische Personal zugeteilt. Für die Agrarstatistischen Erhebungen durch die magistratischen Bezirksämter sowie für die Ausstellung neuer Sozialpässe durch die MA 12 wurde das notwendige Personal gleichfalls beigestellt. Sämtliche Aktionen konnten zum größten Teil mit städtischen Bediensteten durchgeführt werden, der restliche Personalbedarf wurde durch Aufnahme von Aushilfsbediensteten für Büroarbeiten abgedeckt. Um die klaglose Abwicklung aller dieser Aktionen zu gewährleisten, war die Teilnahme an zahlreichen Besprechungen in der MD-Verwaltungsorganisation, im MD-Koordinationsbüro sowie in den MA 1, 62 und 66 notwendig.

Im Jahre 1981 wurden rund 600 Anträge betreffend Kilometergeldangelegenheiten behandelt. Trotz Erhöhung des Kilometergeldsatzes von 3,00 auf 3,20 S mit 1. September 1981 wurden die budgetierten Mittel nicht aufgebraucht. Bei vielen Abteilungen konnte trotz ständiger Erweiterung des Aufgabengebietes eine Reduktion der Kilometeranzahl erreicht werden, da vor allem in den Innenbezirken die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel zweckmäßiger erscheint.

Durch die seit Jahren praktizierte Anlegung strenger Maßstäbe bei der Genehmigung von Dienstreisen konnte gegenüber dem Vorjahr neuerlich eine Reduktion der Gesamtzahl der Dienstreisen um rund 8 Prozent erreicht werden. Eine Einsparung von Budgetmitteln war jedoch nicht möglich, da zwar die Anzahl der Inlandsdienstreisen, die größtenteils für die Betreuung von Baustellen außerhalb von Wien notwendig sind, rückläufig ist, jedoch im Jahre 1981 vermehrt Auslandsdienstreisen wegen Teilnahme an Kongressen oder Studienreisen von Delegationen der Stadt Wien durchgeführt werden mußten. Es zeigt sich, daß der Kontakt zwischen den Stadtverwaltungen vieler Großstädte immer enger wird, da diese vermehrt vor Probleme gestellt werden, deren Lösung durch einen Erfahrungsaustausch zwischen den Gebietskörperschaften leichter gestaltet werden kann.

Die Volksanwaltschaft, die mit Landesverfassungsgesetz vom 17. März 1978, Landesgesetzblatt für Wien Nr. 14/1978, auch für den Bereich der Verwaltung des Landes Wien für zuständig erklärt wurde, hat 150 Beschwerden dem Landeshauptmann für Wien zur Kenntnis gebracht. Die MD-Verwaltungsrevision hat diese Beschwerden überprüft, bearbeitet und der Volksanwaltschaft Mitteilung erstattet. Die Beschwerden konnten zumeist mit einer Aufklärung über die Sach- und Rechtslage erledigt werden. In den Fällen, in denen die Beschwerden als berechtigt befunden worden sind, wurde der Beschwerdegrund durch Weisungen an die Dienststellen abgestellt.

Weiters waren 132 Dienstaufsichtsbeschwerden zu behandeln. In der Mehrzahl der Fälle wurde hiebei von der Bevölkerung ein unsachliches, schwerfälliges Vorgehen einzelner Bediensteter bzw. einer Dienststelle kritisiert. Durch umgehende Erhebungen — meist in Form von Überprüfungen an Ort und Stelle — konnte der Sachverhalt jeweils rasch festgestellt werden. In einigen Fällen handelte es sich lediglich darum, kleine Unzukömmlichkeiten abzustellen oder Mißverständnisse seitens des Beschwerdeführers aufzuklären. In vielen Fällen

war es jedoch erforderlich, durch koordinierende Maßnahmen zwischen mehreren beteiligten städtischen Dienststellen dem Beschwerdeführer schnell und möglichst unbürokratisch zu seinem Recht zu verhelfen.

Insgesamt 34 Kontrollamtsberichte wurden bearbeitet, wobei besonders problematische Fälle auf dem Gebiet der Gebarungsvorschriften sowie der Sicherheitskontrolle behandelt worden sind.

Die Tätigkeit des Referates für Sofortmaßnahmen innerhalb der MD-Verwaltungsrevision teilt sich aus arbeitstechnischer Sicht in die Bereiche „Sofortmaßnahmen“ und „Mobiler Bürgerdienst“. Dem Referat für Sofortmaßnahmen obliegt es, den Wünschen, Anliegen und Beschwerden der Bevölkerung, die an die Wiener Stadtverwaltung herangetragen werden, nachzugehen, diese zu überprüfen und möglichst einer positiven Erledigung zuzuführen. Dabei stand, soweit durch Zeitungsmeldungen oder andere Massenmedien Unzukömmlichkeiten aufgezeigt wurden, eine schnelle und unbürokratische Erledigung im Vordergrund. Insgesamt 777 Geschäftsstücke fielen im Bereich der Sofortmaßnahmen an, wobei die Zahl der eingegangenen Fälle gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen ist. Der größte Teil der Beschwerden bzw. Anregungen wurde dem Referat im Wege von an den Bürgermeister, an diverse Ombudsmann-Redaktionen oder an Bezirksvorsteher gerichteten Schreiben zur Kenntnis gebracht. In vielen Fällen gaben auch eigene Wahrnehmungen oder Zeitungsartikel Anlaß zum Einschreiten. 630 Geschäftsfälle konnten erledigt werden, davon 539 (94%) positiv. Die Beschwerdeführer bzw. Betroffenen wurden meist durch ein persönliches Gespräch von der Erledigung benachrichtigt. Wegen ihrer Breitenwirkung und des Arbeitsaufwandes sind besonders hervorzuheben die Koordination von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Öffnung der Steinhofgründe im 14. Bezirk, die Instandsetzung der Mauer des Israelitischen Friedhofes im 18. Bezirk sowie die Maßnahmen, betreffend die widmungsgemäße Verwendung der Erdbebenhilfe der Stadt Wien für Süditalien; weiters die Einrichtung einer Langlaufloipe auf der Donauinsel, die Sicherungsmaßnahmen an Baustellen im 1. Bezirk anlässlich bevorstehender Demonstrationen, die Schließung von Brunnenschächten im 21. Bezirk; ferner die notstandspolizeilichen Maßnahmen nach einem durch starken Wind hervorgerufenen Hauseinsturz im 12. Bezirk, die Kontrolle eines Gastarbeiterquartiers im 2. Bezirk gemeinsam mit der Fremdenpolizei sowie die Schaffung von provisorischen Unterkünften und die weitere Hilfestellung für die zu Schaden gekommenen Mieter bei Wohnungsbränden.

Die Koordination zwischen den einzelnen Magistratsabteilungen bei Sofortmaßnahmen und die Zusammenarbeit mit den diversen Ombudsmann-Redaktionen der Tageszeitungen werden auch 1982 zentrale Arbeitsbereiche des Referates für Sofortmaßnahmen sein. Gleichzeitig werden auch Untersuchungen über geeignete Modelle angestellt werden, die die Koordination von allen mit Beschwerden und Anregungen befaßten Dienststellen des Magistrates ermöglichen sollen. Die Bediensteten des Referates für Sofortmaßnahmen sind auf Grund ihrer Ausbildung und Ausstattung in der Lage, auch auf Grund eigener Wahrnehmungen Sofortmaßnahmen zu treffen, wodurch verschiedene Beschwerden im vorhinein vermieden werden können.

Die 9.049 Wahrnehmungen (Meldungen) und 9.173 Erledigungen des „Mobilen Bürgerdienstes“ betreffen in erster Linie kennzeichenlose Autos, die auf öffentlichem Gut in den Straßen Wiens abgestellt waren. Der Abtransport wurde in allen Fällen veranlaßt, in 345 Fällen mußten Strafverfahren eingeleitet werden. Zur Sicherung von Baustellen hatte der „Mobile Bürgerdienst“ mit insgesamt 103 Ersatzvornahmen und in 579 Fällen mit Strafanzeige vorzugehen. 1.425 Wahrnehmungen oder Meldungen kamen aus der Bevölkerung, davon ein Großteil über die Stadtinformation. Eine große Zahl von Maßnahmen, wie zum Beispiel die Beseitigung eines sanitären Übelstandes in einer Wohnung und die Unterbringung der Mieter in einem Altersheim im 19. Bezirk, die Beseitigung eines für spielende Kinder gefährlichen riesigen Wasserreservoirs im 22. Bezirk gemeinsam mit der Bundesgebäudeverwaltung, die Sanierung von Fußwegen im 14. und 19. Bezirk, die Sicherung und Reinigung des Geländes der ehemaligen Wienerberger Ziegelei im 10. Bezirk, die Ausstattung eines Polizeiwachzimmers mit lärmhemmendem Mobilar zum Schutze der benachbarten Wohnungsmieter sowie der Abbruch von einsturzgefährdeten Gebäuden im 21. und 22. Bezirk, mußte veranlaßt bzw. durchgeführt werden.

Die Aktionen des „Mobilen Bürgerdienstes“, die auch der jeweiligen Jahreszeit entsprechend präventiv und schwerpunktmäßig angesetzt werden, sind von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit begleitet.

So soll einerseits durch Information Verständnis in der Bevölkerung hervorgerufen und durch deren Mitarbeit andererseits eine weitere Aktivierung der zuständigen Fachdienststellen erwirkt werden. Typische Fälle werden mit dem Ziel analysiert, daraus Maßnahmen abzuleiten, die künftig zu einer Verringerung ähnlicher Mängel beitragen. Für 1982 ist eine Fortsetzung der Bezirksschwerpunktprogramme, aber auch der Ausbau möglicher Maßnahmen vorgesehen, um rasch und unbürokratisch auf einlangende Bürgerwünsche reagieren zu können. Die Zusammenarbeit mit dem Referat Bürgerdienst innerhalb der Geschäftsgruppe „Kultur und Bürgerdienst“ soll im Jahre 1982 weiter intensiviert werden.

Im Jahre 1981 reduzierte sich der Personalstand der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation (MD-VO) von 32 auf 31 Bedienstete. Von diesen 31 Bediensteten waren 15 in der zentralen Postverteilstelle des Magistrates (Zentralexpedit) eingesetzt, während für die eigentlichen Organisationstätigkeiten 16 Bedienstete, davon 5 Mitarbeiter im Kanzleibereich, Verwendung fanden. Ein Fachbeamter des Verwaltungsdienstes war größtenteils mit Arbeiten befaßt, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Bereichsleiters für den Praxisversuch einer weitergehenden Dezentralisierung der Verwaltung der Stadt Wien im 21. und 22. Bezirk im



Rahmen der Magistratsdirektion standen. Wie in den vergangenen Jahren konnten trotz des für eine Organisationsabteilung geringen Personalstandes die umfassenden Aufgaben der Dienststelle im wesentlichen erfüllt werden.

An größeren Organisationsuntersuchungen wurden im Jahre 1981 folgende Vorhaben in Angriff genommen bzw. abgeschlossen:

Die Neuorganisation der MA 36 und 37 wurde im Jänner 1981 grundsätzlich abgeschlossen. In diesem Zusammenhang erging am 14. Jänner 1981 ein Erlaß der Magistratsdirektion, MD — 334 — 22/79, der die Aufgaben der mit gewerbe-, feuer- und baupolizeilichen Agenden befaßten Dienststellen festlegte. Besonderes Gewicht wurde auf die Durchführung von schwerpunktmäßigen Revisionen bzw. Überprüfungen gelegt. In diesem Zusammenhang wurde mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 15. Jänner 1981, MD — 334 — 24/79, eine Kommission zur Überprüfung von Beherbergungsstätten, die „Hotelkommission“, eingerichtet. Aufgabe dieser Kommission ist es, alle Beherbergungsbetriebe mit mehr als 30 Gästebetten unter Bedachtnahme auf die Richtlinien für die Beurteilung des Sicherheitsstandards von Beherbergungsstätten ehestmöglich zu überprüfen und den für die Veranlassung behördlicher Verfügungen zuständigen Dienststellen über das Ergebnis der Überprüfung zu berichten.

In der MA 21 wurde mit einer Organisationsuntersuchung begonnen, die Aufnahme des Ist-Zustandes bereits teilweise durchgeführt. Im Bereich der MA 19 wurde gleichfalls eine Organisationsprüfung in Angriff genommen.

Die Vorarbeiten für eine Organisationsuntersuchung in der MA 69, die im Jahre 1982 stattfinden soll, wurden im Einvernehmen mit der MD-Verwaltungsrevision und der MD-Verwaltungstechnik durchgeführt.

Das Organisationsvorhaben „Magistratische Bezirksämter“ wurde abgeschlossen. Mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 9. Dezember 1981, MD — 803 — 4/79, wurde die Allgemeine Dienstvorschrift für die magistratischen Bezirksämter, die als Organisationshandbuch in Lose-Blatt-Ausgabe gestaltet ist, mit Wirkung vom 1. Jänner 1982 in Kraft gesetzt. Diese Vorschrift beinhaltet Stellenbeschreibungen, ein Delegationsmodell, Richtlinien für die Protokollierung von Geschäftsfällen, für die Führung von Arbeitsstatistiken sowie Aus-, Fortbildungs- und Einschulungsrichtlinien.

Die Arbeiten an einer Verbesserung des Rechnungslaufes wurden fortgesetzt. In diesem Zusammenhang wurde eine Beschleunigung bei der Übersendung der Rechnungen zwischen den Dienststellen durch das Zentralexpedient veranlaßt, wurden die Rechnungsformulare abgeändert und in Zusammenarbeit mit der MD-Stadtbaudirektion und der MA 6 eine (sechsstellige) Auftragskennzahl eingeführt, die eine möglichst problemlose Zuordnung von Rechnungen zu Aufträgen gewährleisten soll. Als Folge der notwendigen Änderungen auf Grund der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV) waren Verzögerungen beim Rechnungsablauf zwischen der MA 17 und der MA 6 — Buchhaltung XIV aufgetreten. Den Spitalsverwaltern standen überdies keine aktuellen Informationen über die schwebende und effektive Belastung sowie über den jeweiligen Kreditrest zur Verfügung. Im Einvernehmen mit den zuständigen Dienststellen wurde veranlaßt, daß die Erfassung von Budgetansätzen, Rechnungen und Bestellungen (schwebende Belastung) sowie die Darstellung eines Kreditrestes auf den DEC-Minicomputeranlagen in den Spitälern, im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe und im Pflegeheim Lainz erfolgt. Damit stehen den Verwaltern dieselben Informationen zur Verfügung, die sie bei Verwendung der Buchungsmaschinen vor Einführung der VRV hatten. Bei Einsatz von herkömmlichen Buchungsmaschinen wäre aber eine Integrierbarkeit in die VRV und die Kostenstellenrechnung in späterer Folge nicht möglich gewesen. Das Programm „Kreditevidenz“ kann auch als notwendiger erster Schritt zu dem Projekt „Nebengebarungen im Rahmen der Umstellung der Haushaltsverrechnung auf EDV“ betrachtet werden.

Die Dienstvorschrift betreffend Maßnahmen vor, während und nach einem Donau-Hochwasser wurde von der MD-VO zusammen mit den hierfür zuständigen Dienststellen erarbeitet und mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 12. November 1981, MD — 1071 — 1/81, in Kraft gesetzt. In dieser Vorschrift werden die regelmäßigen Vorsorgen und Überprüfungen, die Vorkehrungen bei einer herannahenden Überschwemmungsgefahr, die Maßnahmen während und nach der Überschwemmung geregelt. Weiters werden die Grenzen der zehn Überschwemmungsbezirke und Alarmstufen festgesetzt sowie die Verpflichtung, ein Hochwasserinventar anzulegen.

Den mit dem Lenken von Kraftfahrzeugen befaßten Bediensteten bzw. denjenigen Dienststellen, die Kraftfahrzeuge betreiben, sollen die einschlägigen Vorschriften und Informationen in übersichtlich zusammengefaßter Form zugänglich gemacht werden. Es wurde daher im Jahre 1981 mit der Ausarbeitung eines „Handbuchs Dienstkraftfahrzeuge“ begonnen, das eine umfassende Darstellung aller diesen Bereichen betreffenden Vorschriften, Regelungen und Anordnungen enthalten soll. Die bestehenden Vorschriften werden überarbeitet bzw. neu gefaßt. Das Handbuch wird als Ringbuch, das die Einlage neuer Blätter oder den Austausch überholten Materials erlaubt, herausgegeben werden, so daß den befaßten Bediensteten bzw. Dienststellen die jeweils auf dem letzten Stand befindlichen Vorschriften und Informationen zur Verfügung gestellt werden können.

Die Arbeiten zur effizienteren Gestaltung des Arbeitsablaufes in der zentralen Gebührenstelle der MA 17 — diese Arbeiten wurden bereits 1980 begonnen — wurden fortgesetzt.

Im Jahre 1981 wurde ein Auftrag betreffend die Wirtschaftlichkeitsprüfung eines Erweiterungsbaues der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien vergeben und betreut. Die Vergabe des Untersuchungsauftrages erfolgte nach einer „beschränkten Ausschreibung“. Das Gutachten wurde fristgerecht erstellt, die daraus sich ergebenden Schlußfolgerungen werden derzeit geprüft.

Im Jänner 1981 hat die MD-Verwaltungsorganisation die Einsatzkoordination anlässlich der Sturmkatastrophe in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr der Stadt Wien übernommen. Die in diesem Zusammenhang gewonnenen Erfahrungen werden in den Katastropheneinsatzplänen Eingang finden.

Im Jahre 1981 wurde mit der Ausarbeitung des Katastropheneinsatzplanes für Obdachlose begonnen; die Arbeiten stehen vor dem Abschluß. Zwei weitere Katastropheneinsatzpläne, und zwar der Schadstoffeinsatzplan und jener für Erdbeben, wurden in Angriff genommen.

Das Organisationsprojekt „Koordination der Maßnahmen im Straßenbereich“, insbesondere hinsichtlich der Verbesserung der Vorgangsweise bei Arbeiten auf und neben der Straße, wurde fortgeführt.

Mit den Vorarbeiten zur Erstellung eines Aktenkartierungsplanes für den Magistrat der Stadt Wien wurde begonnen. Mit diesem Plan soll erreicht werden, daß Akten nicht länger als unbedingt notwendig aufbewahrt werden, um eine möglichst optimale Nutzung der vorhandenen Ablagemöglichkeiten zu gewährleisten. Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten des verstärkten Einsatzes der Mikroverfilmung für abzulegende Akten im Bereich der Stadt Wien geprüft werden.

Eine Organisationsuntersuchung im Bereich der MA 64 wurde vergeben und betreut. Schwerpunkt dieses Auftrages waren die betriebspsychologische Beratung und die Prüfung der Möglichkeit der Einleitung einer Organisationsentwicklung.

Für die mit der Prüfung von Brücken beschäftigten Bediensteten wurden Richtlinien für die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften, insbesondere für die Aufstellung von Straßenverkehrszeichen für den nachfolgenden Verkehr, herausgegeben.

Für den Vollzug des Bundesgesetzes über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße wurde ein Ablaufplan, der die Zuständigkeit des Landeshauptmannes und der Polizei präzisiert, entwickelt. Dieser Ablaufplan wurde auch der Bundespolizeidirektion Wien zur Verfügung gestellt.

Die von einem Auftragnehmer durchgeführte betriebswirtschaftliche Untersuchung der städtischen Friedhofsgärtnereien und des städtischen Steinmetzbetriebes wurde abgeschlossen. Die im Schlußgutachten enthaltenen Empfehlungen wurden von der MD-Verwaltungsorganisation gemeinsam mit der zuständigen Magistratsabteilung und den Vertretern des Beratungsunternehmens diskutiert sowie Möglichkeiten der Realisierung erarbeitet.

Bezüglich der Neuorganisation der Zuständigkeiten für die Erhaltung und den Betrieb der Verkehrsbauwerke im Wiener Stadtgebiet, einschließlich der U-Bahn-Tunnel und der U-Bahn-Hochtrassen, wurde die Aufnahme des Ist-Zustandes abgeschlossen. Die diesbezüglichen Arbeiten werden nunmehr von der MD-Stadtbaudirektion fortgeführt.

Neben diesen als Großprojekte zu bezeichnenden Vorhaben wurden noch zahlreiche kleinere Organisationsuntersuchungen durchgeführt bzw. begonnen und wie in den vergangenen Jahren ablauforganisatorische Anordnungen getroffen. Von diesen Tätigkeiten seien beispielsweise folgende genannt:

Im Bereich der Feuerwehr wurden organisatorische Maßnahmen, das heißt Probleme des Dienstpostenplanes, gesetzt.

Der organisatorische Ablauf bei den im Zusammenhang mit Todesfällen notwendigen Behördenwegen wurde verbessert.

Organisatorische Probleme im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der Feuerwehrpläne wurden bearbeitet.

Mit dem Bundesministerium für Inneres wurde für die Organisation der Einrichtung eines Flüchtlingslagers in einer städtischen Anstalt zusammengearbeitet.

Organisationsprobleme im Zusammenhang mit Badeteichen in Wien wurden geprüft und Lösungsvorschläge erarbeitet.

Über Initiative der MD-Verwaltungsorganisation wurde ein Fachausschuß für Organisationsfragen im Rahmen des österreichischen Städtebundes gegründet. Bei der konstituierenden Sitzung hielten Bedienstete der MD-Verwaltungsorganisation die Grundsatzreferate.

Die geschäftsenteilungsgemäße Überprüfung der von der Heizbetriebe Wien Ges. mbH im Zusammenhang mit Serviceleistungen in städtischen Wohnhausanlagen gelegten Rechnungen wurde veranlaßt.

Der Zustand der Wanderwege im 19. Bezirk wurde über Wunsch des Herrn Bezirksvorstehers überprüft, Vorschläge zur Verbesserung der Situation wurden ausgearbeitet.

An der Regelung des Vollzuges des Baulärmgesetzes wurde mitgewirkt, an den Maßnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung der Volkszählung hatte die Abteilung Anteil.

Die Optimierung des Verfahrens bei Geldüberweisungen (Entschädigungen für durch den Mieter durchgeführte Instandsetzungen) der MA 52 an Mieter wurde veranlaßt.

Die Zweckmäßigkeit der Mikroverfilmung des Archivs der MD-Verwaltungsorganisation wurde geprüft.

Die Vollziehung des am 1. Jänner 1982 in Kraft tretenden Mietrechtsgesetzes wurde vorbereitet. In diesem Zusammenhang wurde der Erlaß der Magistratsdirektion vom 23. Dezember 1981, MD — 2091 — 6/81, über die Aufteilung der diesbezüglichen Kompetenzen innerhalb des Magistrates der Stadt Wien ausgearbeitet.

Am 5. Juni 1981 erließ der Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien eine Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien. Die hierzu notwendigen Vorarbeiten wurden von der MD-Verwaltungsorganisation geleistet.

Ein Merkblatt mit Verhaltensmaßnahmen für den Fall eines Brandes in städtischen Wohnhochhäusern wurde ausgearbeitet, in entsprechender Stückzahl aufgelegt und die Anbringung der Merkblätter an gut sichtbarer Stelle durch die MA 52 veranlaßt.

Die Grundlagen für die Aktivierung des wasserwirtschaftlichen Planungsorganes in Wien wurden mit der zuständigen Fachabteilung erstellt. Ein Ordnungs- und Aufsichtsdienst im Bereich des AKH-Neubaus wurde organisiert.

Organisatorische Maßnahmen zu einer Verbesserung der Vorgangsweise bei der Platzvergabe am Flohmarkt wurden eingeleitet.

Die Arbeit an der Reorganisation der Kanzlei der MA 18 wurde fortgeführt und zu einem Abschluß gebracht. Das Protokoll wird ab dem Jahre 1982 wesentlich vereinfacht und überdies statt in Buchform in Karteiform geführt werden.

Aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen wurden Maßnahmen zur Übertragung der Reinigung von Dienstwäsche, ausgenommen der der MA 17, von der Zentralwäscherei an private Unternehmungen gesetzt.

Organisatorische Veränderungen ergaben sich auch im Zusammenhang mit Dienst- und Organisationsvorschriften für verschiedene Verwaltungsbereiche, die von der MD-Verwaltungsorganisation entweder vorbereitet oder genehmigt wurden. Beispielsweise werden angeführt:

Eine Dienstvorschrift für Hallenwarte der MA 51 wurde im Einvernehmen mit der MD-Verwaltungsrevision und der MA 1 überarbeitet und anschließend genehmigt.

Gemeinsam mit dem Kontrollamt wurden von den Dienststellen vorgelegte Sondervorschriften für die Ausscheidung von Gebrauchsgütern geprüft. Für den Bereich der MA 9, 49 und 68 wurden solche Sondervorschriften genehmigt. Weitere derartige Ausnahmeregelungen stehen noch in Prüfung. Im Zusammenhang mit der Vollziehung der Allgemeinen Vorschrift über die Ausscheidung von Gebrauchsgütern wurden Schulungsmaßnahmen vorbereitet.

Ein Erlaß, der die Einhebung und Verrechnung von Stempelgebühren, Verwaltungsabgaben, Kommissions- und Überwachungsgebühren neu regelt, wurde ausgearbeitet. Dieser Erlaß wurde notwendig, da durch die Umstellung der MA 6 — Abgabenhauptverrechnung auf automatische Datenverarbeitung die bisherigen Regelungen nicht mehr anwendbar sind.

Mit der Ausarbeitung eines zusammenfassenden Erlasses über die Videndenwege wurde begonnen.

Der Erlaß über die Zentrale Liegenschaftsevidenz wurde überarbeitet, und zwar soll die sogenannte Ämterverständigung neu geregelt werden.

Ein Erlaß über die Vernichtung von EDV-Ausdrucken mit personenbezogenen Daten, bei welchem die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes berücksichtigt wurden, konnte im Entwurf fertiggestellt werden.

Ein Erlaß über die Meldung der Einberufung städtischer Bediensteter zum Präsenzdienst (Zivildienst) an die MA 2 wurde ausgearbeitet.

Im Zusammenhang mit der Novellierung des Postgesetzes wurde ein Erlaß entworfen, der die wesentlichen Bestimmungen enthält, die für den inner- und außerbetrieblichen Postverkehr der städtischen Dienststellen von Bedeutung sind.

Ein Erlaß über die im Zusammenhang mit dem Grundbuchsumstellungsgesetz von den städtischen Dienststellen zu leistenden Arbeiten wurde vorbereitet.

Die MD-Verwaltungsorganisation war auch an der Vorbereitung der Neuorganisation der MD-Stadtbaudirektion und an der Ausarbeitung des diesbezüglichen Erlasses beteiligt.

Die Dienstvorschrift für die städtischen Grundtransaktionen, die eine umfassende Neuregelung dieser überaus komplexen Materie enthält, wurde ausgearbeitet.

Der Erlaß über die Stundung und Entrichtung von Postgebühren der Behörden und Ämter ab 1. Jänner 1982 wurde vorbereitet.

Der gemäß § 3 Katastrophenhilfegesetz zu erstellende Katastrophenschutzplan für die Stadt Wien wurde fertiggestellt.

Für den Krisenstab der Stadt Wien für Katastrophenfälle wurde eine Geschäftsordnung ausgearbeitet.

Die Kommunikationseinrichtungen der Katastrophenleitzentrale wurden fertiggestellt und die Alarmordnung ausgearbeitet.

Die MD-Verwaltungsorganisation war darüber hinaus auch mit der Bearbeitung von Kontrollamtsberichten befaßt, die ebenfalls Ansatzpunkte für die Durchführung von organisatorischen Veränderungen bildeten. Als

Themen dieser Berichte seien beispielsweise angeführt: Probleme bei der Wiederherstellung von Grünanlagen nach dem Bau von Tiefgaragen, die Prüfung der Wirtschaftlichkeit bei der teilweisen Vergebung der Reparatur von Wasserzählern, die Organisation der Rechengutabfuhr von der Hauptkläranlage der MA 30, die Organisation der Abschleppung von Kraftfahrzeugen von öffentlichen Verkehrsflächen sowie die Prüfung der Gebarung von Impfgeldern und Impfstoffen in den Bezirksgesundheitsämtern.

Die Zuweisung geeigneter Amtsräume bildete wieder einen wichtigen Tätigkeitsbereich der MD-Verwaltungsorganisation. Im Zuge der Wahrnehmung dieser Agenda wurden folgende größere Projekte bearbeitet:

Das für den Amtshausbereich des gesamten Stadtgebietes erstellte „Amtsraumkonzept“ mußte auf Grund verschiedener Entwicklungen neu überarbeitet werden. Das Ziel dieser Neufassung war es, die Dienststellen so günstig unterzubringen, daß für die Bürger ein leichter Zugang zu den Dienststellen gegeben ist und daß durch räumliche Zusammenführung von Dienststellen Verbesserungen des organisatorischen Ablaufes erreicht werden. Um im Zusammenhang mit bei einzelnen Dienststellen bestehenden Raumproblemen Abhilfe zu schaffen bzw. um notwendige bauliche Verbesserungen herbeizuführen, mußten in mehreren Amtsgebäuden verschiedene Instandsetzungs- und Adaptierungsarbeiten durchgeführt werden. Dies betrifft insbesondere die Amtshäuser in 1, Rathausstraße 4 (Erweiterung des Wohnungsberatungszentrums), in 1, Rathausstraße 8, in 12, Hufelandgasse 2, in 15, Gassgasse 8–10, in 20, Dresdner Straße 75, in 21, Am Spitz 1, und in 22, Schrödingerplatz 1.

In zahlreichen Amtshäusern wurden Maßnahmen zur behindertengerechten Ausgestaltung getroffen. Es handelt sich dabei um behindertengerechte Aufzüge, die Schaffung von geeigneten Zugängen und den Einbau von Behinderten-WC-Anlagen.

Weiters wurden für eine Reihe von Dienststellen und Einrichtungen der Stadt Wien entsprechende Raumzuweisungen vorgenommen und die erforderlichen Übersiedlungen in die Wege geleitet (z. B. Zahnambulatorium der Krankenfürsorgeanstalt in Floridsdorf, Stadtschulrat – XIV. Inspektionsbezirk, MA 17 – Gebührenstelle, MA 15 – Psychohygiene und andere).

Ferner wurden Maßnahmen hinsichtlich der Raumverteilung der durch Übersiedlung der MA 4 und 5 in das Felderhaus im 2. Stock des Rathauses freiwerdenden Räumlichkeiten getroffen.

Um das abbruchreife Depot in 23, Brunner Straße, auflassen zu können, wurden Lagerflächen im Freudenauer Hafen gemietet.

Für die künftige Besiedlung der erworbenen Objekte in 1, Freyung 3 (Palais Harrach), und in 8, Lerchentelder Straße 4, wurden Besiedlungsvorschläge bzw. Maßnahmen bezüglich der Raumaufteilung getroffen.

Hinsichtlich der für den Amtshausbereich vorgesehenen Budgetmittel hat die MD-Verwaltungsorganisation bei der Erstellung des Voranschlags für das Jahr 1982 wesentlich mitgewirkt.

Die Dienstvorschrift für die Beheizung und Lüftung von städtischen Schulen wurde überarbeitet.

Die in der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation eingerichtete Drucksortenkommission, die alle generellen und individuellen Angelegenheiten der Drucksortengestaltung zu bearbeiten hat, hat die im Jahre 1981 gewonnenen Erfahrungen mit den provisorischen Richtlinien für die Gestaltung von Drucksorten in diese eingearbeitet und die Entwürfe eines zusammenfassenden Drucksortenerlasses und der endgültigen Richtlinien fertiggestellt. Die Genehmigung durch den Herrn Magistratsdirektor steht noch aus. In diesem Zusammenhang wurden auch drei ganztägige Schulungen der Drucksortenreferenten der Dienststellen durchgeführt, die neben der Präsentation des Drucksortenentwurfblattes, moderner Drucksortentechniken und der Druckerei der Stadt Wien vor allem den Zweck verfolgten, die Erfahrungen der Dienststellen mit der Anwendung der provisorischen Drucksortenrichtlinien bei deren endgültiger Gestaltung berücksichtigen zu können. Darüber hinaus überprüfte die MD-Verwaltungsorganisation sämtliche neu aufgelegten oder nachbestellten Drucksorten auf ihre Zweckmäßigkeit. Im Jahre 1981 wurden rund 4.000 solcher Überprüfungen durchgeführt. Auf Grund der großen Anzahl von Drucksorten, die beim Magistrat in Verwendung stehen, scheint es unentbehrlich, den Dienststellen Hilfsmittel für die zweckmäßige Gestaltung ihrer Vordrucke zur Verfügung zu stellen. Diese Aufgabe möchte die Drucksortenkommission durch die von ihr initiierten Maßnahmen erreichen. Ein von der Drucksortenkommission gebildeter Ausschuß prüfte darüber hinaus Drucksorten der Klassifikation „Allgemeine Drucksorten“ anlässlich ihrer Neuauflage oder ihrer Nachbestellung eingehend unter Bedachtnahme auf die bereits erwähnten Richtlinien für die Gestaltung von Drucksorten. Dieser Ausschuß behandelte rund 250 verschiedene Allgemeine Drucksorten und veranlaßte die erforderlichen Abänderungen oder Anpassungen an organisatorische Neuerungen.

Dem Betrieblichen Vorschlagswesen, das als wichtiges Instrument zur Sichtbarmachung von Organisationsmängeln anzusehen ist, wurde wieder große Aufmerksamkeit zugewendet. Im Jahre 1981 wurden 226 Vorschläge neu eingebracht. Der MD-Verwaltungsorganisation ist es in diesem Zeitraum auch gelungen, den größten Teil der aus früheren Jahren stammenden Verbesserungsvorschläge vorzubeurteilen und dem Ausschuß für das Betriebliche Vorschlagswesen zuzuleiten. Wichtige, von der MD-Verwaltungsorganisation bearbeitete und vorbeurteilte Verbesserungsvorschläge, die prämiert wurden, waren unter anderem:

Reorganisation der Meldung und Behebung von Störungen wärme-, kälte- und lüftungstechnischer Anlagen sowie der Wartung dieser Anlagen;

Maßnahmen zur Heizkosteneinsparung in städtischen Amtsgebäuden;

Gestaltung einer Drucksorte der städtischen Wohnhäuserverwaltung; Änderung eines Vordrucks der Buchhaltungsabteilungen; Ergänzung einer bei Schlichtungsverhandlungen verwendeten Drucksorte; Änderung eines Vordrucks der Baupolizei; Änderung eines Vordrucks des Sozialamtes;

Pauschalierung der Kosten von Untersuchungen der Trinkwasserqualität;

Verkürzung des internen Postlaufes;

einheitliche Handhabung einer Bestimmung der Bauordnung für Wien;

Anregungen für die Nutzung der automatischen Textverarbeitung durch die magistratischen Bezirksämter;

Verbesserung der Maschinenausstattung der Dreherei der MA 48, wodurch die Eigenanfertigung von Ersatzteilen für technisches Gerät der Straßenreinigung und Müllabfuhr möglich ist;

Konstruktion eines Gerätes für die gärtnerische Betreuung (Düngen, Gießen, Schädlingsbekämpfung) von Zierpflanzen;

Beschleunigung des Verfahrens zur Schaffung von Bauplätzen auf gemeindeeigenen Liegenschaften;

Einengung des Kreises der von der Neueintragung protokollierter Firmen in das Handelsregister zu benachrichtigenden Dienststellen;

vereinfachte Auslieferung des Streuguts für die Gehsteige städtischer Wohnhausanlagen;

Vormerkung des Bezuges des Säuglingswäschepakets im Mutter-Kind-Paß, wodurch eine Evidenz des Jugendamtes entfällt.

Der MD-Verwaltungsorganisation obliegt auch die Genehmigung für die Anschaffung von Kraftfahrzeugen. Überdies wurde die Festsetzung des Systemisierungsplanes der Kraftfahrzeuge für das Jahr 1982 vorgenommen, wobei es auf Grund der strengen Prüfungsmaßstäbe und begleitenden Rationalisierungsmaßnahmen zu einer Reduzierung des Fahrzeugstandes gekommen ist.

Im Rahmen der MD-Verwaltungsorganisation wird auch das *Zentralexpedit* als zentrale Postverteilstelle des Magistrates geführt. In dieser Dienststelle wurden im Jahre 1981 rund 3,9 Millionen interne Postsendungen bearbeitet. Der gesamte Postein- und -ausgang betrug 11,5 Millionen Poststücke.

Die MD-Verwaltungsorganisation hat auch an der Aufgabe, die Verwaltung der Stadt Wien, so weit es möglich ist, zu dezentralisieren, mitgewirkt. Als wichtige Arbeiten können hier erwähnt werden:

Der im Jahre 1980 versuchsweise im 21. und 22. Bezirk eingeführte Parteienverkehr in den Nachmittagsstunden hat im Jahre 1981 seine Bewährungsprobe bestanden. Auf Grund der in den beiden Versuchsbezirken gesammelten Erfahrungen konnte gegen Ende des Jahres 1981 mit den Vorbereitungen zur Einführung des Parteienverkehrs in den Nachmittagsstunden in allen Wiener magistratischen Bezirksämtern, einschließlich der Außenstellen zentraler Dienststellen, sowie in verschiedenen zentral geführten Magistratsabteilungen begonnen werden.

Bereits gegen Ende 1980 wurde in den beiden Versuchsbezirken ein neues Steuerungs- und Informationsinstrument eingeführt, und zwar die sogenannten Koordinationsgespräche. Diese Maßnahme hat sich so gut bewährt, daß im Jahre 1981 insgesamt vier Gruppen von Koordinationsgesprächen einmal monatlich durchgeführt werden. Es sind dies die Gruppen Jugend und Soziales, Hochbauangelegenheiten, Spielplätze und Grünraum, Tiefbauangelegenheiten und Verkehrsfragen sowie Probleme der Grundverwaltung und der Flächenwidmung. Diese Koordinationsgespräche sind auch für den Bereich der Budgetmitwirkung sehr wertvoll.

In den beiden Versuchsbezirken wurde das Modell der Mitwirkung der Bezirke bei der Erstellung und der Vollziehung des Voranschlages im Jahre 1981 ausgeweitet. Durch einen Erlaß des Bürgermeisters ist es den Bezirken nunmehr möglich, Vorschläge für die Übertragung von Kreditmitteln zu erstatten. Im Jahre 1981 wurde diese Vorgangsweise erprobt und ihre grundsätzliche Eignung für den Verwaltungsbereich festgestellt. Allerdings scheint es noch erforderlich, eine Reihe ergänzender Maßnahmen festzulegen. Dies soll im Jahre 1982 erfolgen. Im Jahre 1981 wurde auch für das Jahr 1982 ein umfangreiches Bezirksbudget mit den entsprechenden Erläuterungen erstellt und den beiden Versuchsbezirken zur Verwendung angeboten. Mit dem „Bezirksbudget 1982“ steht den Bezirken eine relativ weitgehende Information über jene Maßnahmen, die im Bezirk realisiert werden sollen, zur Verfügung.

In allen übrigen Bezirken wurde, unter Bedachtnahme auf die Ergebnisse des Dezentralisierungsversuches, die Vorgangsweise bei der Budgetmitwirkung verbessert. Nun erfolgen insgesamt drei Phasen, und zwar werden im März jeden Jahres Vorgespräche durch die Vertreter der zuständigen Fachabteilungen mit den Bezirksvorstehern geführt, um einerseits die Wünsche der Bezirksvertretungen zu erörtern und andererseits auch die Vorstellungen der Fachabteilungen zu präsentieren. Nach diesen ersten Gesprächen wird in der 2. Phase der von der Dienststelle zu erstellende „Teilvoranschlagsentwurf“ den Bezirken zur Beschlußfassung vorgelegt. In einer 3. Phase, die nach der Beschlußfassung durch die zuständigen Organe der Stadt meist Mitte November des laufenden Jahres erfolgte, erhalten die Bezirke dann die „Projektlisten“, aus denen sie erkennen können, welche Arbeiten im Bezirk durchgeführt werden. Die Praxis hat nun gezeigt, daß in einzelnen Teilbereichen die Vorlage von

Projektlisten nicht oder nicht im gewünschten Umfang erforderlich ist; dies gilt insbesondere für jene Fälle, in denen die Arbeiten erst im Laufe des Budgetjahres konkret genannt werden können.

Die Einführung von einheitlichen Leistungsberichten im Rahmen des Dezentralisierungsversuches hat sich grundsätzlich bewährt, weil damit den Bezirken ein Informationsinstrument über die von den Dienststellen im abgelaufenen Jahr erbrachten Leistungen zur Verfügung gestellt wird.

Im Jahre 1981 wurde ebenfalls mit einer Überprüfung der Verkehrseinrichtungen in den beiden Versuchsbezirken begonnen, wobei diese Tätigkeit von den Mitgliedern der Bezirksvertretung besorgt werden soll. Mit diesem Projekt soll einerseits eine Entlastung der Verwaltung erreicht werden, andererseits sollen jene Bezirksmandatare, die die konkrete Situation im Bezirk besonders gut kennen, in die Lage versetzt werden, auf die Entscheidungen der Verwaltung in dieser die Bevölkerung durchaus berührenden Frage Einfluß zu nehmen.

Daneben wurde ein Reihe von kleineren organisatorischen Maßnahmen realisiert, die alle einer verstärkten Information und damit auch der Stärkung des Mitwirkungsrechtes der Bezirke dienen sollen.

Die Hauptaufgaben der **Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung (MD-ADV)** lagen — wie auch bisher — in der Entwicklung, Konsolidierung, Durchführung und dem Ausbau der der Dienststelle übertragenen Projekte, in der Beschaffung, Installation und Betreuung der zur Durchführung erforderlichen Hardwareeinrichtungen und in der Weiterentwicklung und Verbesserung von in der MD-ADV eingesetzten softwaretechnischen und organisatorischen Werkzeugen.

Die Leistungen, die von besonderer Bedeutung sind, werden im folgenden kurz dargestellt:

**Entwicklung und Durchführung von EDV-Projekten:** In den Wiener Standesämtern wurde planmäßig mit Beginn des Jahres 1981 die neue Organisation eingeführt, die seit diesem Zeitpunkt problemlos funktioniert. Weitere Schwerpunkte bildeten die EDV-mäßige Unterstützung von Volksbefragungen und die zunehmende Nutzung der Bevölkerungsevidenzdaten für von verschiedenen Magistratsdienststellen geforderte Auswertungen und Statistiken.

In der Bezugsverrechnung konnte der sehr hohe laufende Änderungsaufwand termingerecht bewältigt werden. Binnen kurzer Zeit mußte die 1. Etappe der Besoldungsreform in das Verrechnungssystem integriert werden. Die Arbeiten an den Online-Applikationen im Personalwesen wurden planmäßig fortgesetzt.

In der Abgabenverrechnung waren Programmänderungen für Gebührenerhöhungen bei Müll, Wasser und Abwasser erforderlich. Für die Verrechnung der Gebrauchsabgabe wurde erstmals ein Subsystem eingesetzt. Die Online-Verrechnung der Mündelgelder konnte im Bezirksjugendamt 10 im Probebetrieb aufgenommen werden.

Der Rechnungsabschluß 1980 wurde erstmals mit Hilfe der neuen dezentralen Philips-Subsysteme durchgeführt. Weiters wurde die Abgabenhauptverrechnung auf ein Philips-System übernommen.

Ein auch für andere Bundesländer nutzbares Programmsystem konnte mit dem erfolgreichen Abschluß des Pilotprojektes für die MA 46 — Kraftfahrzeugprüfstelle erstellt werden.

Die Volkszählung 1981 wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt und den zuständigen Dienststellen durch die EDV erheblich unterstützt.

Das Bauabrechnungssystem gemäß ÖREB wurde weiterentwickelt, so daß es in Form eines Online-Systems ab 1982 dezentral in der MD-Stadtbaudirektion durchgeführt werden kann. Testweise werden aus Gründen der Rationalisierung auf einzelnen Baustellen zur Datenerfassung moderne Microcomputer eingesetzt, ebenso wurde an Stelle des in der MA 41 veralteten Nixdorf-Terminal-Systems für WIDIKOS (Wiener dialogfähiges Koordinaten-Verwaltungs- und Berechnungssystem) ein Microcomputer Philips P 2000 eingesetzt.

Das bestehende Mietverrechnungssystem erforderte aufwendige Wartungsarbeiten. Im Herbst wurde mit den Vorarbeiten auf Grund des neuen Mietgesetzes begonnen. Mit der Eröffnung von drei neuen Bezirksaußenstellen für die Bearbeitung der Anträge auf Gewährung von Wohnbeihilfen konnte durch Dezentralisierung mittels der Datenverarbeitung ein verbessertes Bürgerservice erzielt werden.

Mit Hilfe der graphischen Datenverarbeitung konnte der erste Computer-Bezirksplan für den 20. Bezirk fertiggestellt werden. Außerdem kann nunmehr neben der Stadtkarte 1 : 2.000 auch das Kartenwerk 1 : 1.000 automatisch gezeichnet werden.

Die Neuorganisation der Wiener Städtischen Büchereien wurde in bezug auf die Titelaufnahme abgeschlossen. Für den Entlehnverkehr wurde Ende des Jahres in der Hauptbücherei ein Subsystem der Firma Honeywell-Bull installiert, im Jänner 1982 wird mit dem Produktionsbetrieb begonnen werden.

Im Zuge der Neuinstallation der Einsatzleitzentrale der Wiener Rettung wurde ein System implementiert, mit dem die Annahme und Weitergabe der Einsätze über Bildschirme abgewickelt sowie der Fahrzeugstatus und die offenen Einsätze über Farbmonitore angezeigt werden. Dieses System stellt eine optimale Ergänzung zu dem in den Wiener Krankenanstalten eingesetzten Bettenbelegungs- und -reservierungssystem dar.

Ein Schwerpunkt neben dem planmäßigen Ausbau der verschiedenen EDV-Systeme in der patienten- und betriebsbezogenen Spitalsverwaltung bildeten die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Errichtung des neuen Allgemeinen Krankenhauses (AKH). Zu diesem Zweck wurde in der MD-ADV ein neues Referat eingerichtet, das für Applikationen, wie folgt, die Arbeit aufnahm: für die Automation des Ambulanzbetriebes; den

Einsatz der Daten- wie auch der Textverarbeitung für die Erstellung und Verwaltung der Befunde; den Anschluß diverser Laborautomaten an das vorgenannte Befundungssystem; die Überleitung der Daten aus der rechnergesteuerten Telephonanlage des AKH in das Patientenabrechnungssystem der MD-ADV und für die Entwicklung eines übergeordneten, aber einheitlichen EDV-Trägersystems für die vorgenannten Einzelsysteme.

**Hard-/Software-Entwicklung:** Entsprechend dem Aufwandszuwachs bei den einzelnen EDV-Projekten mußte auch der Maschinenpark der MD-ADV sowohl zentral wie auch dezentral erweitert und modernisiert werden. So wurden im Rechenzentrum der MD-ADV Installationen durchgeführt, wie eine weitere Großrechenanlage der Type IBM 4341 für den Programmentwicklungsbetrieb mit zusätzlichen Magnetplattenlaufwerken, die die Direktspeicherkapazität annähernd verdoppelt haben. Dadurch konnte die Anzahl der Magnetbandstationen von 21 auf 15 reduziert werden; eine COM-Anlage der Type Agfa 2300 für einen langfristigen Testbetrieb, ein Belegleser Typ Feller 2002 und ein Miniplotter Görz 281 mit wahlweisem Anschluß an die Großrechenanlage oder an ein Subsystem; weitere Subsysteme insbesondere in den Spitälern, in der Hauptbücherei und in der MD-ADV zentral, wodurch sich die Gesamtzahl der leistungsfähigen Kleinrechner von 37 auf 49 Anlagen erhöhte. Die Anzahl der sowohl an die Großanlagen wie auch an die Subsysteme angeschlossenen Terminals betrug Ende des Jahres 780 Geräte. Insgesamt umfaßt der Maschinenpark der MD-ADV einschließlich der nachrichtentechnischen Einrichtungen und der Mikrofilmgeräte derzeit über 1.600 Geräte.

Im Softwarebereich waren Schwerpunkte gegeben, wie die Installation des Betriebssystems MVS/SP 1 für die IBM-Anlagen, welches nach anfänglichen Schwierigkeiten nunmehr mit hoher Zuverlässigkeit funktioniert; der Einsatz diverser Programmprodukte (wie CICS, PCF, TPM usw.) zur Unterstützung und Verbesserung des Programmtest- und -entwicklungsbetriebes; die Umstellung auf eine neue Version des Datenbanksystems ADABAS mit verbesserten Möglichkeiten für den Anwender und mit geringerem Ressourcenbedarf (Beschleunigung); die laufende Betreuung aller Standard- und Betriebs-Software-Produkte und die diesbezügliche Unterstützung und Schulung der Benutzer, insbesondere im Zusammenhang mit APT (ADV-Projektunterstützungs-Tools). Der starke Zuwachs der Subsysteme erforderte den Ausbau der Systembetreuungs- und -unterstützungsaktivitäten. Durch die Eingliederung des Referates T — Systembetreuung dezentrale Anlage in die Softwaregruppe, verbunden mit einer entsprechenden personellen Aufstockung, werden nunmehr alle Softwarebelange unter einer einheitlichen Leitung und Führung behandelt.

**Interne Organisation:** Bedingt durch den Aufgaben- und Personalszuwachs in der MD-ADV mußten zusätzliche Büroräume im Amtshaus in 1, Rathausstraße 1, für die Belange der Dienststelle adaptiert und eingerichtet werden. Infolge einer wirtschaftlichen wirksamen Änderung des Wartungskonzeptes für einen Teil der EDV-Geräte wurde der Lagerbereich für Ersatzgeräte entsprechend vergrößert sowie ein eigener Werkstättenbereich eingerichtet.

Zur Erhöhung der Sicherheit des EDV-Betriebes wurde ein dezentrales Datenträgerarchiv errichtet und darüber hinaus eine spezielle Datenträgerversicherung als Ergänzung zur bestehenden Sachschadenversicherung abgeschlossen.

Das starke Anwachsen des Geräteparks der MD-ADV sowie die immer komplexeren Einsatz-, Wartungs- und Vertragsbedingungen veranlaßten die Dienststellenleitung, die Entwicklung eines automationsunterstützten Hardwareverwaltungs- und dokumentationssystems in Auftrag zu geben. Dieses System ist zu einem hohen Prozentsatz fertiggestellt und wird ab Beginn des Jahres 1982 den Betrieb, die Verwaltung, die Verrechnung und die Dokumentation der gesamten Hardwarebestände unterstützen. Eine spätere Einbeziehung der Softwareprodukte und sonstiger Materialien in dieses System ist vorgesehen.

Die Aufgabenschwerpunkte der Internen Revision lagen einerseits in punktuellen Kontroll- und Revisionsaufgaben, andererseits in der Erarbeitung entsprechender Führungs- und Kontrolldaten aus der ADV-internen Kostenrechnung. Weiters wurden einige Kostenrechnungsprogramme optimiert und wurde ein Konzept zur Kalkulation von Preisen für die Weiterverrechnung von Hardwareeinrichtungen realisiert. Die Bearbeitung von Sonderaufgaben durch die Interne Revision brachte nicht nur für die Dienststellenleitung wertvolle Erkenntnisse über Schwachstellen im Geschehen der EDV sowie über Ansätze zu deren Beseitigung, sondern stellte darüber hinaus einen wesentlichen Faktor in bezug auf die Ordnungsmäßigkeit und Qualität der von der MD-ADV erbrachten Leistungen dar.

Wie im Vorjahr wurde die interne Ausbildung der Mitarbeiter den steigenden Anforderungen in der EDV angepaßt. So wurden — zum Teil in Zusammenarbeit mit der MD-Verwaltungsakademie — 59 ADV-interne Kurse abgehalten, was einer Steigerung von annähernd 75 Prozent gegenüber dem Vorjahr gleichkommt.

Der Mitarbeiterstand der MD-ADV erhöhte sich von 283 Bediensteten zu Beginn des Jahres 1981 auf 309 zum Jahresende. Der Dienstpostenplan für 1982 weist 315 Posten auf, von denen 51 bei anderen Magistratsabteilungen geführt werden. Im Jahre 1981 wurden mit 210 Bewerbern Aufnahmegespräche und Eignungstests durchgeführt, elf Personalabgängen standen 45 Neuaufnahmen gegenüber.

Abschließend darf noch auf die Aktivitäten der MD-ADV im Zusammenhang mit dem Datenschutzgesetz sowie auf ein im Herbst 1981 begonnenes Dienststellen-Audit hingewiesen werden. Diese durch ein externes Beratungsunternehmen durchgeführte Prüfung der Leistungsfähigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlich-

keit brachte für die Bereiche Rechenzentrum und Projektororganisation ein in vielen Punkten positives Ergebnis.

Im Rechtsmittelbüro fielen im Jahre 1981 an: in Bauangelegenheiten 539 Berufungen, 22 Devolutionsanträge, 30 Verwaltungsgerichtshof- und 4 Verfassungsgerichtshofbeschwerden sowie 17 Stellungnahmen; in Strafsachen 521 Berufungen, 15 Verwaltungsgerichtshofbeschwerden und 4 Stellungnahmen. In sonstigen Rechtsmittelsachen (Abgaben, Administrativangelegenheiten) waren es 301 Berufungen, 15 Devolutionsanträge, 23 Verwaltungsgerichtshof- und 3 Verfassungsgerichtshofbeschwerden sowie 50 Stellungnahmen. Die Abgabe von Äußerungen, Berichterstattungen und die Teilnahme an Amtsbesprechungen betrafen 386 Rechtssachen; 17.079 Rechtsmittelentscheidungen und -akten anderer Dienststellen und deren Schriftsätze an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes sowie sonstige Überprüfungen, darunter auch Akten für den Berufungssenat, waren zu überprüfen.

Bei den zu überprüfenden Rechtsmittelakten und erstinstanzlichen Erledigungen war gegenüber 1980 eine Abnahme um 270 Akten oder 12,5 Prozent zu verzeichnen, bei der Überprüfung von Rechtsmittelentscheidungen hingegen um Mehranfall von 2.639 Akten oder ein Plus von 18,2 Prozent. In diesem Bereich war gegenüber dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre sogar ein Mehranfall von 40 Prozent festzustellen. Auffallend ist dabei die Zunahme von Rechtsmittelakten, die sich gegen Strafbescheide der Bundespolizeidirektion Wien richten.

Die Vermittlung moderner Arbeits- und Managementmethoden setzt im Bereich der Verwaltung ebenso wie im privatwirtschaftlichen Bereich die aktive Mitarbeit der Betroffenen sowohl bei der Offenlegung der Probleme als auch der Eingrenzung der Problemfelder voraus und erfordert zunehmend die Annahme der gemeinsam erarbeiteten und für notwendig erachteten Maßnahmen seitens der Mitarbeiter. Beide Voraussetzungen sind wechselseitig voneinander abhängig und nur in einem Klima des Vertrauens zu erreichen. Erst die optimale Verbindung des problembezogenen praxisnahen Fachwissens der Mitarbeiter mit der von der Führungslehre angebotenen Methodik schafft eine tragfähige Basis für führungstechnische Innovationen. Zweifellos wird durch eine partnerschaftliche Vorgangsweise die Akzeptanz der von Mitarbeitern und Führungskräften der Dienststelle gemeinsam erarbeiteten und selbst durchgeführten Maßnahmen erheblich gefördert.

In Wahrnehmung ihrer Aufgabe der Vermittlung moderner Arbeits- und Führungsmethoden untersucht die Magistratsdirektion-Verwaltungstechnik (MD-VT) zunächst die Voraussetzungen, denen die innovative Führungskraft in der öffentlichen Verwaltung gegenübersteht, und welche Hindernisse sich auf Grund dieser Voraussetzungen der Anwendung effektiverer Führungsmethoden entgegenstellen. Die dabei entdeckten Schwachstellen konzentrierten sich augenfällig um den Fragenkomplex des strategisch richtigen Ansatzes sowie um jenen der Akzeptanz seitens der Mitarbeiter der Dienststellen gegenüber notwendigen Maßnahmen.

Private Beratungsunternehmen legen einschlägigen Gutachten in aller Regel umfangreiche Untersuchungen zugrunde, in deren Rahmen sie mittels Interviews oder Fragebogen jenes Fachwissen und jene Information über das organisatorische Umfeld zu erwerben trachten, welche die befragten Mitarbeiter der untersuchten Dienststelle besitzen. Das gelingt aus naheliegenden Gründen nur teilweise, da sowohl die Mitteilungsbereitschaft der Befragten gegenüber Außenstehenden als auch die Aufnahmefähigkeit der Untersuchenden begrenzt sind. Um nun die mit dem Umweg der Erhebung verbundenen hohen Informationsverluste zu vermeiden, suchte die MD-Verwaltungstechnik nach einer Arbeitsmethode, die es erlaubt, das Fachwissen der Befragten unmittelbar zu nutzen.

Die Steuerung und nötigenfalls die Veränderung der Arbeitsorganisation sind primär Aufgabe des Leiters der betreffenden Organisationseinheit. Bei entsprechender Beratung und Unterstützung des Leiters sowie ausreichender Motivation der Mitarbeiter können Maßnahmen zur Verbesserung der Führungsmethodik oder zur Einführung arbeitstechnischer Hilfsmittel von der betreffenden Organisationseinheit unmittelbar und daher effektiver wahrgenommen werden, als dies durch Eingriffe von außen erreichbar ist. Hier setzt das Angebot der MD-Verwaltungstechnik ein.

Um das Leistungsspektrum der MD-Verwaltungstechnik auf dem Gebiet moderner Managementstrategie optimal dem Bedarf anzupassen, wurde im Zusammenhang mit aktuellen Anlässen, wie der Meinungsumfrage in den magistratischen Bezirksämtern oder der Einführung der automatischen Textverarbeitung in einzelnen Dienststellen, der Kontakt mit besonders engagierten Führungskräften hergestellt. Nach Abschluß der Projekte wurde dieser Kontakt in kollegial organisierten Arbeitsteams weitergeführt, deren Aufgabe seither die Formulierung jener Probleme ist, die nach Meinung der Teilnehmer eine Änderung der Führungsmethodik, einzelner Elemente des Führungsverhaltens, der Arbeitsmethoden usw. verlangen. Im Rahmen dieser sich am unmittelbaren Bedarf orientierenden Zusammenarbeit sieht sich die MD-VT in der Rolle des internen Beraters, der formlos, unbürokratisch und diskret als Gesprächspartner zur Verfügung steht. Die sonst mit dem Einsatz einer Stabsstelle oder eines externen Beraters verbundene Befangenheit kann auf diese Weise weitgehend vermieden werden. Die Beratungsgespräche werden streng vertraulich und daher mit großer Offenheit geführt. Ergebnisse sind ausschließlich Denkanstöße für die das Gespräch suchende Führungskraft. Dienstliche Aufträge werden seitens der MD-VT in diesem Zusammenhang nicht erteilt, und die Verfügungsmacht des Leiters der betreffenden Dienststelle bleibt unbeeinträchtigt.



Mit der dargestellten Vorgangsweise wurde seitens der MD-VT als Katalysator im Einvernehmen mit den Beteiligten und auf freiwilliger Basis eine Entwicklung in Gang gesetzt, die vor allem die informelle Managementstruktur der Dienststellen von der Einstellung und vom Verhalten der Leiter und Mitarbeiter her zu beeinflussen sucht. Die begünstigte Freisetzung vorhandenen Kreativpotentials und dessen gelenkte Nutzung zur Verbesserung der Effektivität der Dienststellen unter gleichzeitiger Hebung der Arbeitszufriedenheit bringt Zielsetzungen miteinander in Einklang, die bisher als unvereinbar galten. Die bei den Einsätzen des Konzeptes erzielten Erfolge, die ermutigenden Reaktionen der Zielgruppe und die wachsende Nachfrage nach den Dienstleistungen der MD-VT bestätigen die Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses.

Bekanntlich sind interne Meinungsumfragen ein wertvolles Hilfsmittel zur Analyse von innerbetrieblichen Vorgängen. Auch die in den magistratischen Bezirksämtern durchgeführte Meinungsumfrage ergab interessante Rückschlüsse über die Arbeitszufriedenheit in diesen Dienststellen. Es konnte unter anderem festgestellt werden, daß die bisweilen zu beobachtende Unzufriedenheit der Mitarbeiter einzelner Dienststellen nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit einer zu hohen Arbeitsbelastung steht. Tatsächlich zeigte sich in Kontrollgesprächen, daß das Arbeitsklima von den Mitarbeitern ein und derselben Dienststelle nach einem Leiterwechsel als wesentlich besser empfunden wurde, obwohl die Arbeitsbelastung unverändert blieb.

Im wesentlichen konnte die Erfahrung gemacht werden, daß die Mehrzahl der Leiter die aus den Ergebnissen der Meinungsumfrage gewonnenen Einsichten mit ihren Mitarbeitern in partizipativer Weise verarbeitet hat. Eine Kontrollumfrage im Folgejahr ist vorgesehen, doch zeigten bereits durchgeführte stichprobenweise Umfragen, daß die Meinungsumfrage als Instrument zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Leitern und Mitarbeitern voll angenommen wird.

Die im Vorjahr begonnene Einführung der Textverarbeitung in den magistratischen Bezirksämtern wurde mit der Installation von Textsystemen in den Bezirksämtern für die Bezirke 2, 20, 21 und 22 fortgesetzt. Die im Magistratischen Bezirksamt 12 gewonnenen Erfahrungen konnten verwertet und die dort entwickelten Applikationen nach entsprechender Anpassung übernommen werden, wodurch die Umstellung wesentlich erleichtert wurde. Darüber hinaus konnten durch qualitativ höherwertige Nutzung der technischen Möglichkeiten spezielle Anforderungen bewältigt werden, wie etwa die automatische Erstellung des Index der Bezirksamtsleiterbesprechungsprotokolle.

Im Dienstpostenplan ergaben sich infolge der mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1981 eingetretenen Änderung der Anlage 1 zur Besoldungsordnung rund 20.000 Änderungen in der Bezeichnung der Dienstposten sowie in der Einstufung der Bediensteten. Mehr als 1.000 Änderungen im Dienstpostenplan waren durch Postenvermehrungen und Postenstreichungen, Änderungen der Postenbewertung und Postenumwandlungen notwendig geworden.

Neuaufnahmen, Versetzungen, Abgänge, Namensänderungen und Änderungen der dienstrechtlichen Stellung einzelner Bediensteter erforderten mehr als 52.000 Eintragungen und Vormerkungen.

Das Verzeichnis über den Dienstpostenplan 1982 wurde auf Grund der Personalperlustrierung verfaßt und in Druck gelegt.

Im Rahmen der Mitwirkung bei der Inspizierung des Dienstbetriebes der städtischen Ämter und Anstalten überprüfte die MD-Verwaltungstechnik schwerpunktmäßig die Möglichkeiten des Einsatzes moderner Arbeitstechniken sowie bürotechnischer Hilfsmittel.

Im Bereich der Genehmigung der Anschaffung von Amtsliteratur gelang es, auf Grund der zum Beginn des Jahres 1981 abgeschlossenen Erfassung des Standes an Zeitschriftenabonnements den Aufwand zu stabilisieren. Zahlreiche Dienststellen haben die Auflistung der von ihnen bezogenen periodischen Druckschriften zum Anlaß der Abbestellung nicht mehr benötigter Zeitschriften genommen.

Im Sommer 1981 wurde eine umfassende Erhebung bezüglich der rund 110 beim Magistrat aufgestellten Normalpapierkopiergeräte durchgeführt. Insbesondere wurden Informationen über Auslastung, Reparaturen und Ausfallszeiten gesammelt, Auskünfte über die Eignung der einzelnen Geräte für die speziellen Anforderungen an den jeweiligen Standort eingeholt und die Wünsche und Anregungen der Benutzer erfaßt. Die so gewonnenen Daten und Erfahrungen wurden in die im Herbst des Jahres erfolgte Neuausschreibung der Normalpapierkopiergeräte eingearbeitet.

Auf dem Gebiete der **Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten** wurden, wie schon in den Vorjahren, zu mehreren Gesetzesentwürfen Stellungnahmen abgegeben. Es waren unter anderem die Entwürfe zu einem Bundesgesetz über die Strafbestimmungen zur Bekämpfung der Untreue und der Bestechlichkeit (zweites Antikorruptionsgesetz), zivilrechtliche Bestimmungen auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt, die gemeinwirtschaftlichen Aktiengesellschaften, die Rechtsfürsorge für psychisch Kranke in Krankenanstalten sowie der Entwurf zu einem Vergabegesetz, Mediengesetz und Startwohnungsgesetz zu begutachten.

Auf Ersuchen städtischer Dienststellen wurden ferner zu einer Reihe konkreter Sachverhalte schriftliche **R e c h t s g u t a c h t e n** erstattet. Anlaß für derartige Ersuchen waren sämtliche Aufgabenbereiche der Privatwirtschaftsverwaltung, vor allem aber Ansprüche im Zusammenhang mit Schadenersätzen und Bereicherungen, Unfallstursorgeregessen, mit der Verwaltung von Stiftungen, des öffentlichen Gutes und des übrigen städti-

schen Liegenschaftseigentums sowie Fragen des Exekutionsrechts. Der Schwerpunkt dieser Arbeiten lag neben Ansprüchen aus Verkehrsunfällen und nach dem Amtshaftungsgesetz vor allem bei der Mitwirkung am Abschluß und der Realisierung von Bestand- und Bauleistungsverträgen. Bei strafrechtlich relevanten Sachverhalten standen vor allem Fragen im Zusammenhang mit Ehrenbeleidigungen zur Diskussion. Insgesamt sind im Jahre 1981 293 schriftliche Rechtsgutachten angefallen.

Einen erheblichen Arbeitsaufwand erforderte die Beratung der städtischen Dienststellen in zivil- und strafrechtlichen Belangen. Diese Beratung erfolgte häufig telephonisch oder bei persönlichen Vorsprachen städtischer Bediensteter und umfaßte auch die zivilrechtliche Betreuung der Bauabteilungen. Allein im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau sind 51 neue Geschäftsstücke (unter anderem Beurkundungen von Rechtsgeschäften für die Sicherung künftiger Bauführungen, vor allem im Zusammenhang mit der Verlängerung der U 1 nach Kagran, Geschäftslokalvergaben) angefallen. Darüber hinaus wurden zu zahlreichen Verhandlungen, die von anderen Behörden und Ämtern geführt wurden, überwiegend rechtskundige Beamte in beratender Funktion entsendet.

Auf dem Gebiet der streitigen, außerstreitigen und vergleichbaren Zivilrechtsansprüche (Prozesse, vergleichbare Zivilrechtsansprüche) sowie der Strafsachen sind 330 Rechtsvorgänge neu angefallen. Diese Ansprüche umfaßten vor allem die Einbringung von Geldforderungen der Stadt Wien, Kündigungen und Räumungen, meist zur Ermöglichung städtischer Bauvorhaben, Besitzstörungen, Rechtskonflikte aus Bestandverträgen und Werkverträgen, Klagen auf Feststellung strittiger Rechtsverhältnisse und alle Arten von Schadenersatzprozessen. In diesem Zusammenhang und bei aus früheren Jahren noch anhängigen Rechtsstreitigkeiten wurden im Jahre 1981 auch zahlreiche Tagsatzungen bei Gericht verrichtet. Neben 50 Besitzstörungs- und 694 Mahnklagen wegen Geldforderungen, bei denen, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die Bestätigung des Anspruches der Stadt Wien durch außergerichtliches Anerkenntnis oder durch die Erwirkung eines gerichtlichen Exekutionstitels erreicht werden konnte, ist es wieder gelungen, in einer Reihe sonstiger Fälle gerechtfertigte Zivilrechtsansprüche der Stadt Wien gerichtlich durchzusetzen oder ungerechtfertigte Ansprüche gerichtlich zur Abweisung zu bringen bzw. bei unklaren Rechtslagen durch angemessene Vergleiche zu bereinigen.

Im Jahre 1981 sind 135 Exekutionen und Kuratelen sowie 9 Verlassenschaftsverfahren angefallen. In 301 Insolvenzverfahren (Konkursen und Ausgleichen) wurde interveniert.

Die zufriedenstellende Erfüllung der oben beschriebenen Aufgaben erforderte ein ständiges Studium und eine laufende Evidenthaltung der auf dem Zivil- und Strafrechtssektor publizierten, für die Privatwirtschaftsverwaltung relevanten, umfangreichen inländischen, im gewissen Umfang aber auch ausländischen Literatur und Judikatur.

In Vertragsangelegenheiten der Stadt Wien fielen 282 Akten an. Darunter waren vor allem Kauf-, Verkaufs- und Tauschverträge, Dienstbarkeitsbestellungs- sowie Baurechtsverträge zu beurkunden. In allen Vertragssachen werden die Vertragsurkunden errichtet, wird deren Unterfertigung veranlaßt und in einer erheblichen Anzahl der Fälle aber auch die grundbücherliche Durchführung und die faktische Abwicklung (Besitzübergabe) vorgenommen, wobei gelegentlich auftretende Schwierigkeiten und Unklarheiten in mündlichen Verhandlungen bereinigt werden konnten.

Auf dem umfangreichen Sektor der Verfassung von Grundbuchsgesuchen und grundbuchsfähigen Urkunden betrafen neben der grundbücherlichen Durchführung der erwähnten Vertragsurkunden 261 Akten Grundabteilungen und sonstige Eingaben zur Herstellung der Grundbuchsordnung und 2.449 die Ausfertigung von Schuldscheinen, Löschungs-, Freilassungs-, Vorrangseinräumungs- und sonstigen Zustimmungserklärungen. Um die Rechte der Stadt Wien zu wahren und eine mögliche Schädigung dritter Personen zu verhindern, wurde bei 528 von der Baubehörde erteilten Aufträgen die Ersichtlichmachung im Grundbuch veranlaßt.

In 582 Fällen waren städtische Bedienstete von ihrer Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit zu entbinden, um ihre zeugenschaftlichen Einvernahmen bei Gericht zu ermöglichen. Schließlich waren 284 sonstige Verwaltungsvorgänge, wie z. B. die Ausstellung von Vollmachten und Überprüfungen von Akten anderer Dienststellen, zu besorgen.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der **Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion (MD-BD)**, die im Jahre 1981 neu organisiert wurde, umfaßte die Koordination der umfangreichen Aufgabenstellungen im technischen Bereich sowie die bei Bauvorbereitung und Baudurchführung. Koordinierende Besprechungen, Dienstanzweisungen sowie einschlägige Erlasse haben dazu beigetragen, ein möglichst reibungsloses Zusammenwirken der technischen Dienststellen zu erzielen. Anstehende Probleme genereller Art wurden durch die MD-BD bzw. deren Referate, spezielle Gruppenprobleme durch die Gruppenleiter, die gemäß § 11 a der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien als Bedienstete mit Sonderaufgaben bestellt sind, behandelt.

Die Vorbereitung bzw. Durchführung von Raumprogramm-, Wirtschaftlichkeits- und Projektsprechungen diverser Bauvorhaben oblag der MD-BD. Dabei wurde besonders darauf Bedacht genommen, daß die Bauprojekte dem letzten Stand der technischen Wissenschaften entsprachen, funktionelle und wirtschaftliche Aspekte

optimiert und insbesondere auf deren spätere Erhaltung und Betrieb hin in zweckmäßiger Weise geplant wurden. Dem Energiespardedanken wurde bei allen Bauvorhaben des Hochbaues der ihm zukommende Stellenwert beigemessen, wobei immer wieder versucht wurde, in diesem Sinne neue Impulse zu geben.

Der erfolgte Baubeginn für zwei Bezirkshallenbäder erforderte eine umfangreiche koordinierende Tätigkeit durch einen Projektkoordinator der MD-BD. Für eine einheitliche Vorgangsweise der technischen Dienststellen bei ihrer baubeaufsichtigenden Tätigkeit war es notwendig, für die Einhaltung der ergangenen Richtlinien und Weisungen Sorge zu tragen. Dem Bereichsleiter hinsichtlich des Behindertenwesens wurde für die Durchführung seiner Aufgaben im Hinblick auf die Magistratsabteilungen 19, 23, 24 und 26 die erforderliche Unterstützung gegeben, bei der Beurteilung der Bauvorhaben in bezug auf eine behindertengerechte Planung insbesondere im „Jahr der Behinderten“ wesentliches Augenmerk geschenkt. Die Verfolgung dieser Zielsetzungen wurde auch durch die Teilnahme an der Planungskommission für Krankenanstalten und Pflegeheime der Stadt Wien wahrgenommen. Im Zusammenhang mit der Durchführung von Baustelleninspektionen wurden die erforderlichen Vorschläge und Hinweise über die dabei getroffenen Feststellungen ausgearbeitet. Die Wirtschaftlichkeitsüberprüfung der Materialbeistellung durch Auftraggeber oder Auftragnehmer sowie eine Verbesserung in der Organisationsform des Zentralen Fachreferates wurden weiterverfolgt, außerdem zu zahlreichen den technischen Bereich betreffenden Kontrollamtsberichten Stellungnahmen verfaßt bzw. die erforderlichen Veranlassungen getroffen. Bei der Koordinierung von Maßnahmen im Straßenbereich wurde mitgewirkt, hierbei konnten grundsätzliche Überlegungen über die Schaffung eines Leitungskatasters angestellt werden. Über Auftrag von amtsführenden Stadträten wurden Einzelprobleme behandelt, zu durchlaufenden Akten Stellungnahmen verfaßt und Entscheidungsgrundlagen geliefert. Außerdem wurde an der Ausarbeitung von Erlässen des Magistratsdirektors mitgewirkt. Bestehende Erlässe des eigenen Bereiches wurden auf ihre Gültigkeit überprüft bzw. überarbeitet und neue Erlässe ausgearbeitet.

Die MD-BD vertritt die Stadt Wien in der Fachgruppe Bauingenieurwesen und in der Fachgruppe Datenverarbeitung im Ingenieurwesen des Österreichischen Ingenieur- und Architektenvereines, im Bundesministerium für Bauten und Technik, in der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, in der Verbindungsstelle der Bundesländer und im Österreichischen Normungsinstitut mit dem Ziel, bundeseinheitliche standardisierte Leistungsbeschreibungen für verschiedene Fachgebiete und EDV-Programme für den gesamten Ausschreibungs-Vergabe-Abrechnungsbereich zu erstellen. Das bei der Stadt Wien seit Jahren mit großem Erfolg eingesetzte Programmpaket WIBUS (Wiener integriertes Bauverwaltungs- und Überwachungssystem) wurde vom Bund übernommen und wird bundesweit im Zusammenhang mit der neu erarbeiteten bundeseinheitlichen standardisierten Leistungsbeschreibung für den Hochbau eingesetzt werden. Bei der zuletzt genannten Leistungsbeschreibung wurde die Systematik der unter Federführung der MD-BD entwickelten und mit gutem Erfolg eingesetzten standardisierten Leistungsbeschreibung für Hochbauten übernommen. Auch textlich bildete die standardisierte Leistungsbeschreibung für Hochbauten die Grundlage für die genannte bundeseinheitliche Leistungsbeschreibung. Die Organisation und Verteilung der für die standardisierte Leistungsbeschreibung für Hochbauten notwendigen Unterlagen für sämtliche Dienststellen der Stadt Wien, die Hochbauten ausschreiben, wurden durchgeführt.

Sämtliche EDV-Aktivitäten der Dienststellen des technischen Bereiches werden mit der MD-Automatische Datenverarbeitung koordiniert.

Die sechs Dampfkesselprüfungskommissäre des Landes Wien haben die in der Dampfkesselverordnung vorgeschriebenen Untersuchungen und Prüfungen, die einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit dieser Anlagen darstellen, vorgenommen. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurden 2.755 äußere Untersuchungen, 1.291 innere Untersuchungen, 742 Feuerzuguntersuchungen und 679 Wasserdruckproben durchgeführt. Außerdem wurden insgesamt 245 Bescheinigungen ausgestellt und 66 Betriebswärterprüfungen abgenommen, davon waren 41 für Dampfkesselwärter, 21 für Motorenwärter und 4 für Turbinenwärter.

An den Grundlagen für eine praxiserrechte und sinnvolle Vollziehung des Dampfkesselmissionsgesetzes einerseits für die Dienststellen der Stadt Wien, andererseits für die Dampfkesselprüfungskommissäre als Sachverständige nach dem Dampfkesselmissionsgesetz wurde mitgearbeitet, die Entwürfe der Durchführungsverordnung zum Dampfkesselmissionsgesetz wurden zusammen mit den zuständigen Magistratsabteilungen begutachtet und Stellungnahmen abgegeben.

Weiters wird eine zentrale Kartei zur Erfassung sämtlicher Bediensteter, die in Normenausschüssen des Österreichischen Normungsinstitutes als Mitglieder fungieren, geführt und die Mitgliedschaft von technischen Dienststellen in Vereinen und vereinsähnlichen Einrichtungen evident gehalten.

Im Zusammenhang mit der Realisierung des Schienenverbundprojektes hatte die MD-BD die bei der Planung und Bearbeitung offengebliebenen Probleme einer Klärung zuzuführen bzw. grundsätzliche politische Entscheidungen vorzubereiten. Die Kontakte und die Zusammenarbeit mit den Österreichischen Bundesbahnen konnten bei den Besprechungen, die in periodischen Abständen stattgefunden haben, weiter vertieft und für beide Teile in fruchtbringender Weise gestaltet werden.

Die Durchführung von Aufschließungsarbeiten für Betriebsbaugebiete wurde koordiniert, für zukünftige

Industrieansiedlungen in Aussicht genommene Flächen wurden aus technischer Sicht geprüft sowie mit den in Frage kommenden Dienststellen beraten.

Für die Handhabung der Bauordnung für Wien sowie ihrer Nebengesetze war es notwendig, entsprechende Dienststanweisungen herauszugeben und dafür vorzusorgen, daß alle Vorgangsweisen dem jeweiligen Stand der technischen Wissenschaften entsprachen, aber auch mit den geltenden baurechtlichen und sonstigen einschlägigen Rechtsvorschriften in Einklang standen.

In allen Angelegenheiten der Stadtplanung und Stadtgestaltung wurden die notwendigen Koordinierungen und Abstimmungen durchgeführt. In jenen Angelegenheiten, die die Nutzung und Verwendung städtischer Grundstücke sowie deren Freimachung betreffen, hat die MD-BD eine koordinierende Aufgabe innerhalb des Magistrates zu erfüllen. Unter diesen Auspizien wurden mit den Dienststellen intensive Kontakte aufgenommen, Besprechungen abgeführt und die Abstimmung der von diesen zu erfüllenden Aufgaben vorgenommen.

Die Großbauprojekte der Stadt Wien wurden *netzplantechnisch* betreut. Die regelmäßige Aktualisierung der Daten ermöglicht es, Schwierigkeiten rechtzeitig zu erkennen und die für die zu treffenden Entscheidungen notwendigen Informationen rechtzeitig bereitzustellen. Insbesondere für den Bau der U-Bahn-Linie U 1, den Umbau der Wientallinie der Stadtbahn in die U-Bahn-Linie U 4 und hinsichtlich der Planung der U-Bahn-Strecken U 3 und U 6 sowie bei der Planung der Autobahnen A 22 und A 4 war die netzplantechnische Terminüberwachung von großem Wert. Im Bereich des Hochbaues wurden bei der netzplantechnischen Bearbeitung für die Planung der ersten Ausbaustufe des Krankenhauses Sozialmedizinisches Zentrum Ost detaillierte Terminpläne erstellt. Neu aufgenommen wurde auch die Bearbeitung des administrativen Ablaufes für die beabsichtigte Instandsetzung zahlreicher städtischer Wohnhäuser.

Weiters erfolgt die Abstimmung der Grundlagen für die Erstellung des Voranschlages für die MD-BD und die Dienststellen des technischen Bereiches. Dazu gehören alle Vorarbeiten von der Perlustrierung bis zur endgültigen Festsetzung des Voranschlages.

Mittels EDV wird seit Jahren eine *Bauinvestitionsvorschau* für jeweils fünf Jahre geführt und evident gehalten. Im Herbst erfolgte diese Arbeit für die Jahre 1982 bis 1986. Diese Zusammenfassung wird laufend auf den letzten Stand gebracht, wobei alle Veränderungen, die durch Sachkredit- oder Bauratenerhöhung, Virements oder Widmungsänderungen erfolgen, unmittelbar verarbeitet werden. Die entsprechenden Abteilungsanträge werden auf Kompetenzmäßigkeit und ordnungsgemäße Antragsformulierung überprüft und nötigenfalls korrigiert oder ergänzt.

Anläßlich der Budgetdebatte wurde dem Gemeinderat mit dem Voranschlag für 1982 ein fünfjähriger Finanzplan mit dem Basisjahr 1982 vorgelegt. Dieser Plan enthält für die Jahre 1982 bis 1986 die geschätzten voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben. Einen wesentlichen Bestandteil dieses Finanzplanes bildet die Zusammenstellung über die „Baulichen Investitionen“ für diesen Zeitraum. Die Vorschau enthält alle Bauvorhaben, die bis 1981 begonnen wurden, und alle jene, die im Budgetjahr 1982 in Angriff genommen werden sollen. Sie enthält Angaben über Gesamtkosten, Ausgaben bis 1980, die genehmigten Bauraten für die Jahre 1981 und 1982 sowie alle noch notwendigen Bauraten bis einschließlich 1986. Diese Vorschau wird für einen fünfjährigen Zeitraum fortgeschrieben und alljährlich als Bestandteil des Finanzplanes dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die Vorschau enthält außerdem die Darstellung aller notwendigen Budgetmittel für jene Großprojekte, die im Voranschlag und Finanzplan als „Projektausweise“ enthalten sind. Es handelt sich dabei um die Hochbauvorhaben „Am Schöpfwerk“, „Mitterhofergasse“, „Aderklaaer Straße“, „östlich Neilreichgasse“ und „Sozialmedizinisches Zentrum Ost“ sowie um die Tiefbauprojekte „U-Bahn“ und „Philadelpiabrücke“.

Für die Erfüllung des Straßenbauprogramms (Gemeinde- und Bundesstraßen) wurden auch für das Jahr 1982 Gesamtkostenermittlungen durchgeführt. In diesen sind alle für die Einbautendienststellen (einschließlich Stadtwerke) anfallenden Kosten zusammengefaßt. Durch die genaue Erfassung dieser Kosten wurde eine budgetmäßige Sicherung bei den Einbautendienststellen gewährleistet. Alle erarbeiteten Unterlagen und Zusammenstellungen wurden der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellt.

Ferner wird in der MD-BD ein *Auftragnehmerkataster* geführt. In diesem sind jene Firmen erfaßt, denen Aufträge durch die technischen Abteilungen des Magistrates übertragen werden. Die Zentrale Erfassung bietet jederzeit einen Überblick über die Auftragslage der einzelnen Firmen hinsichtlich der für die Stadt Wien durchzuführenden Arbeiten. Dieser Einrichtung bedienen sich nicht nur die technischen Abteilungen, sondern auch die Wiener Stadtwerke. Ein EDV-Programm zur Erhöhung der Effizienz bei der Handhabung des Auftragnehmerkatasters wurde untersucht. Monatlich werden die Arbeitskräfte auf den Bau- und Arbeitsstellen der technischen Abteilungen der Hoheitsverwaltung statistisch erfaßt. In den Wintermonaten werden 14tägige Zählungen der Arbeitskräfte durchgeführt. Dadurch ist es möglich, besonders große Schwankungen in der Zahl der Beschäftigten rechtzeitig zu erkennen und eventuell notwendige Maßnahmen einzuleiten. Letztlich hat die Stadt Wien einen großen Anteil an der guten Beschäftigungslage des Bauhaupt- und Nebengewerbes während der Wintermonate.

Ein weiteres Aufgabengebiet der MD-BD ist die *Bearbeitung aller Vergebungsakte* des technischen Bereiches, die in die Kompetenz eines Stadtrates oder Ausschusses fallen. Die laufende Befassung

und Erfahrung ermöglichen es der MD-BD, etwa vorhandene Mängel im Vergabeakt festzustellen und im Einvernehmen mit der antragstellenden Abteilung zu beseitigen. Im Jahre 1981 wurden 1.562 protokollierte Akte bearbeitet und dabei ein Gesamtersparnis von nahezu 63 Millionen Schilling erzielt. Hievon entfielen rund 49,5 Millionen Schilling auf die Reduktion von Ziviltechnikerangeboten, von denen allein 44 Millionen Schilling die Planung des Krankenhauses Sozialmedizinisches Zentrum Ost betreffen. Des weiteren gehören freihändige Vergebungen schwierigster Art, die Prüfung der Honorarangebote der Ziviltechniker mit Ausnahme der Architekten und Vermessungstechniker, Verhandlungen als zweite Instanz, Beurteilungen von Bauzeitverlängerungen und Pönale, diverse Umrechnungen, Lohnerhöhungen, Indexberechnungen, Vertragsauslegungen usw. zu den Agenden der MD-BD. In diesen Fällen konnten im Interesse der Stadt Wien gleichfalls Kosten eingespart werden.

Im Jahre 1981 wurden im Wege dreier „Verständigungen“, die einen Umfang von insgesamt 218 Seiten hatten, Weisungen in **B a u p r e i s a n g e l e g e n h e i t e n** an sämtliche Bauabteilungen erteilt. Diese „Verständigungen“ bezogen auch eine große Anzahl von amtlichen und halbamtlichen Stellen außerhalb des Magistrates der Stadt Wien. Im Kreise der öffentlichen Auftraggeber im Bundesministerium für Finanzen zur Durchführung von Preisberichtigungen vertritt die MD-BD die Stadt Wien. Es konnten dadurch bei allen Beratungen und Abschlüssen für die Stadt Wien beste Ergebnisse erzielt werden. Preisveränderungen aller Art am Baustoffsektor wurden nach Rücksprache mit der Paritätischen Kommission festgelegt. Außerdem ist die MD-BD in fast allen Fachnormenausschüssen sowie in der AGÖST (Arbeitsgemeinschaft Österreichisches Standardleistungsbuch) vertreten.

Einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeit der MD-BD bildet auch die Vorbereitung von städtischen Hochbauvorhaben und die Koordinierung aller in diesem Zusammenhang stehenden baulichen Maßnahmen. Trotz der im Jahre 1981 in verstärktem Maße aufgetretenen Schwierigkeiten ist es gelungen, den Neubau von 1.993 Wohnungen im Rahmen des **k o m m u n a l e n W o h n b a u p r o g r a m m s** der Stadt Wien in Angriff zu nehmen. Ein beträchtlicher Teil dieser Wohnbauvorhaben wird im Zuge der Stadterneuerung durchgeführt. Aus der Sicht der Bauvorbereitung kann somit das Wohnbauprogramm als erfüllt angesehen werden. Die gewünschte Schwerpunktverlagerung der Wohnbautätigkeit auf innerstädtische Bereiche bringt eine Fülle von Problemen und Schwierigkeiten bei der Baureifgestaltung von Liegenschaften mit sich, da sie in den meisten Fällen die Absiedlung des Althausbestandes erforderlich macht, aber auch häufig der städtische Grundbesitz aus wirtschaftlichen und städtebaulichen Gründen in teilweise langwierigen Verhandlungen zu arrondieren ist. Der aus den genannten Gründen bedingte längere Vorbereitungszeitraum hat es erforderlich gemacht, den Schwerpunkt der Tätigkeit im besonderen Maße auf diesen Problemkreis auszurichten.

Hinsichtlich des städtischen Althausbestandes mit rund 600 Objekten wurden die Untersuchungen weitergeführt und deren weitere Verwendung fixiert. Zum Teil konnten Liegenschaften mit abbruchwürdigen Objekten bereits in das kommunale Wohnbauprogramm der nächsten Jahre aufgenommen werden.

Die Hochbauvorhaben in 10, östliche Neilreichgasse, in 12, Am Schöpfwerk, in 21, südlich Mitterhofergasse und in 22, südlich Aderklaaer Straße, die im Voranschlag und Finanzplan als „Projektausweise“ enthalten sind, wurden zeit- und kostenmäßig weiterverfolgt. Neben dem Wohnbauprogramm wurde auch die Vorbereitung des Siedlungsprogramms der Stadt Wien durch die MD-BD weiter betrieben.

Die MD-BD nahm 416 **B e f ä h i g u n g s p r ü f u n g e n** ab; 342 Kandidaten konnten approbiert werden. Bei Baumeisterprüfungen erhielten von 31 Kandidaten 21 das Befähigungszeugnis, zehn mußten zurückgestellt werden. Auch bei der Befähigungsprüfung für das Elektrikergewerbe bestanden von 23 Kandidaten nur 15, bei den Gas- und Wasserinstallateuren 17 von 22 Geprüften. Bei Ziviltechnikerprüfungen bestanden 85 von 113 Geprüften. Die Dienstprüfung für die Verwendungsgruppe B haben alle 51 Kandidaten, für die Verwendungsgruppe C und D von 101 Kandidaten 99 erfolgreich bestanden. Die Abschlußprüfung für bautechnische Zeichenlehrlinge wurde von allen 9 Kandidaten erfolgreich abgelegt. Außerdem wurde die Ausbildung von 29 bautechnischen Zeichenlehrlingen überwacht, die Einschulung bzw. Weiterbildung von 92 Bediensteten, die zu den „Rundfahrten Modernes Wien“ eingeteilt sind, vorgenommen sowie die Zusammenstellung der Routen durchgeführt.

Am 31. Dezember 1981 unterstanden der **D i e n s t a u f s i c h t** der MD-BD insgesamt 9.261 Bedienstete, und zwar technisches Personal, Arbeiter und Saisonarbeiter.

Da die fortschreitende technische Entwicklung, so wie sie beispielsweise auch im Bereich des Bauwesens stattfindet, eine laufende Schulung der Mitarbeiter erfordert, wurden auch 1981 einschlägige Veranstaltungen über Anregung der MD-BD — jeweils einvernehmlich mit den zuständigen Dienststellen des technischen Bereiches — im Rahmen der MD-Verwaltungsakademie durchgeführt. Hiezu zählen die Seminarreihen, die über den Wärme-, Schall- und Brandschutz für die Mitarbeiter bauausführender und baubehördlicher Dienststellen durchgeführt wurden und jene, mit denen eine Schulung aller jener Mitarbeiter auf gewerberechtlichem und gewerbetechnischem Gebiet erfolgte, die der neuen MA 36 zugeteilt worden waren.

Für Bedienstete der technischen Abteilungen wurden 276 Anträge für Dienstreisen im Inland und 123 für Dienstreisen in das Ausland gestellt und bearbeitet. Die diesbezüglichen Reisekostenrechnungen sowie die der

2.551 genehmigten Inlandsdienstreisen wurden nach Überprüfung der formalen Erfordernisse der MA 3 zur Anweisung zugeleitet.

Während der Sommermonate 1981 waren 44 inländische Ferialpraktikanten in diversen technischen Dienststellen beschäftigt.

Schließlich wurden 3.547 Theater-, Reserve- und Permanenzdienste vorgeschrieben und 2.580 verrechnet.